

Debatte Hamburg

Nr.: 13

Juli 2015

Spendenempfehlung 3 Euro

Sieg über den Faschismus

DIE LINKE.
LANDESV ERBAND HAMBURG

Impressum: Hamburg Debatte | Nr. 13 | Juli 2015

Hamburg Debatte ist das Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE

Herausgeber: Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg | Wendenstr. 6, 20097 Hamburg | www.die-linke-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Sinah Mielich | redaktion@die-linke-hamburg.de

Redaktion: Kristian Glaser | Uli Ludwig | Sinah Mielich | Uwe Post | Zdravko Sisic

Erweiterte Redaktion: Timm Kunstreich | Hartmut Obens | Norman Paech | Herbert Schui

Mit Beiträgen von: Kersten Artus | Phillip Becher | Sevim Dagdelen | Malte Daniljuk | Martin Dolzer | Ludwig Elm | Kristian Glaser | Andrej Hunko | Robert Jarowoy | Oskar Lafontaine | Uli Ludwig | Hans Matthaei | Wolfgang Mix | Hartmut Obens | Norman Paech | Herbert Schui | Harald Werner | Mehmet Yildiz

Fotos: Debatte: Seite 7, 12, 14, 15, 18,20, 22, 24, 26 | DIE LINKE: Seite 8, 9, 16, 17 | Screenshot: Seite 6 | Staatsarchiv der RF Moskau: Seite 28

Copyleft: Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen)

Bestellung und Bezug: gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung

Druck: Print und Copy Haus, Hamburg | Auflage: 1 500 | Redaktionsschluss: 30. Juni 2015

Inhalt

Impressum	2
Editorial	3
NOlympia Mehmet Yildiz	4
Soziale Kälte in einer wachsenden Stadt Kersten Artus und Hartmut Obens	6
Opposition ist nicht Mist Herbert Schui	7
Weg mit der Einheitsgemeinde Robert Jarowoy	8
Schlussfolgerungen Bürgerschaftswahl Kristian Glaser	9
Leitmedien und Staatsräson Uli Ludwig	10
Atmende Fabrik Herbert Schui	11
Umgeleitete Protestpotentiale? Phillip Becher	12
70 Jahre Befreiung vom Faschismus Ludwig Elm	14
Weshalb wir Bildungsarbeit brauchen Harald Werner	16
Deutsches Gerede Norman Paech	18
Risse in der neoliberalen Hegemonie Europas Andrej Hunko	20
Die kapitalistische Moderne sezieren Martin Dolzer	22
Ukraine ein Jahr nach dem Umsturz Malte Daniljuk	24
Kuba, die USA und der Amerika-Gipfel Wolfgang Mix	26
Charlie Hebdo: Trauer als Staatsakt Norman Paech	27
8. Mai 1945 – Was lernen wir daraus? Oskar Lafontaine	28
Hamburger Vorbild Sevim Dagdelen	29
Antifaschistisches Gedenken Hans Matthaei	30
Schwur von Buchenwald	31

Editorial

Erfahrungen der Vergangenheit geben uns Orientierung bei der Gestaltung der Zukunft. Als die Sowjetarmee vor Moskau, während der Blockade von Leningrad, in Stalingrad und am Kursker Bogen standhielt, die deutsche Kriegsmaschinerie besiegte und damit maßgeblich dazu beigetragen hatte, das faschistische Regime am 8. Mai 1945 schließlich zur Kapitulation zu zwingen, da lautete die Orientierung für die Aufständischen von Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Der epochalen und globalen Erfahrung des 8. Mai als Bruch mit dem Faschismus als System konnte letztlich auch die deutsche Erinnerungskultur nicht widerstehen. 1985 anerkannte Bundespräsident Richard von Weizsäcker endlich offiziell den Tatbestand der Befreiung.

Die Deutung der Vergangenheit wirkt aber auch auf andere Weise. Jede politische Herrschaft, die internationale Konflikte schürt, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung betreibt, muss die Geschichte im Sinne ihrer Pläne instrumentalisieren. So wird der Gedenktag des 8. Mai 1945 in diesem Jahr grundsätzlich kontrovers diskutiert und wir erleben eine Kampagne, die eine totale Uminterpretation der geschichtlichen Zusammenhänge im Geiste eines neuen Kalten Krieges zum Ziel hat. Insbesondere die Tatsache, dass die Sowjetunion die Hauptlast bei der Niederschlagung des Faschismus getragen hat, wird nicht nur verschwiegen, sie wird von immer größeren Teilen der Medien und der Politik umgedeutet. „Der Krieg in der Ukraine hat den 70. Jahrestag entwertet“, behauptet zum Beispiel Sonja Margolina in der Welt und schlussfolgert: „Der Tag der Befreiung hat sich erledigt, er ist kaputt.“ In einem ARD-Interview durfte der ukrainische Ministerpräsident Jazenjuk im Zusammenhang mit der Befreiung der Ukraine im Zweiten Weltkrieg sogar behaupten, es hätte damals eine russische „Invasion“ gegeben – ohne dass ihm widersprochen worden wäre. Auch nicht von der herrschenden politischen Elite.

Das Heft 13 der Hamburg Debatte soll dazu beitragen, diesem Geschichtsrevisionismus entgegenzutreten. Entsprechend ihrem Selbstverständnis als ein Teil der Gegenöffentlichkeit stellt der aktuelle Schwerpunkt der Debatte die Befreiung Deutschlands vom Faschismus in den Mittelpunkt des Gedenkens. Damit soll gleichzeitig die Forderung des Hamburger Bündnisses „8. Mai 2015“ (in dem VVN-BdA, Gewerkschaften, Parteien und Jugendorganisationen, Geschichtswerkstätten und antifaschistische Bündnisse und Netzwerke mitarbeiten) unterstützt werden, dass dieser Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg in Deutschland ein gesetzlicher Feiertag wird.

Wir versuchen, uns einer Antwort auf die Frage: „Wo stehen wir heute?“ mit einer Reihe von Texten anzunähern, die sich teils explizit mit dieser Frage auseinandersetzen, teils im weiteren Sinne untersuchen, wie weit die Bestrebungen gekommen sind, den „Faschismus mit seinen Wurzeln zu vernichten“. In diesen Artikeln werden Aggression und Enteignung, Rechtspopulismus, Propaganda und Desinformation in Deutschland, Europa und anderswo beschrieben und analysiert.

Allem voran steht ein Rück- und Ausblick auf die Lage des Landesverbandes DIE LINKE. Hamburg nach den Wahlen zur Bürgerschaft. Wir wünschen eine interessante und unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion

Olympische Spiele in Hamburg: Turbokapitalismus und Verdrängung statt Raum für alle

Die Allparteienkoalition aus SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD hat mit übergroßer Mehrheit entschieden, dass Hamburg sich für die Austragung der Olympischen Spiele 2024 bewerben soll. Ungeachtet der Risiken wird seit mehr als einem Jahr unkritische Jubelpropaganda betrieben – mit allen möglichen Mitteln: mit Fackelmärschen, Miniaturmodellen, Lichtshows und Aufklebern im öffentlichen Nahverkehr. Dass insbesondere die Wirtschaft hierfür Mittel bereitstellt, wundert nicht, wäre sie doch die Profiteurin einer Olympia-Austragung.

Sollte Hamburg den Zuschlag für die Spiele bekommen (schon die Bewerbung wird circa 50 Millionen Euro kosten), droht ein finanzielles, sozioökonomisches und ökologisches Desaster in der Hansestadt. Denn mit den einstigen Spielen, die der Völkerverständigung und dem sportlichen Wettbewerb dienten, haben diese Spiele spätestens seit den 1930er Jahren kaum bis nichts mehr zu tun. Beispiele wie die Sommerspiele 1972 in Montreal, 1992 in Barcelona oder wie jüngst 2012 in London haben gezeigt, dass mit der Austragung milliardenschwere Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen werden, während die Profite dem IOC und den Großkonzernen (sogenannten Top-Sponsoren) anheimfallen. Den britischen Steuerzahler zum Beispiel kostete die Austragung insgesamt 28,1 Milliarden Euro – kalkuliert waren 4,8 Milliarden Euro. Nicht umsonst haben Städte wie Rom oder Toronto während der Weltwirtschafts- und Finanzkrise ihre Ambitionen auf die Austragung begraben müssen.

Gleichzeitig sind Sportgroßevents – und das gilt insbesondere für Olympische Spiele – heute ein Gentrifizierungsprogramm, das seinesgleichen sucht. Verdrängung niedriger und mittlerer Einkommen, Grundstücks- und Mietexplosionen und die Zunahme von Spekulationen führen langfristig zur „Bereinigung“ der Stadtzentren von der Arbeiterklasse – mit all den Konse-

quenzen, die wir heute aus Metropolen wie Paris oder London kennen.

London, das noch heute mit der Last der Olympia-Austragung 2012 kämpft, ist ein Paradebeispiel für den erzeugten Gentrifizierungsdruck. Im Zentrum der Austragung, dem Londoner Osten, kam es mit teils brutalen Methoden zur Verdrängung von Mieter/-innen. In Hackney Wick, einem bis dahin relativ bezahlbaren Viertel, in dem mehrheitlich Bewohner/-innen aus dem Arbeitermilieu wohnten, stiegen die Lebenshaltungskosten vor, während und nach der Austragung so sehr, dass kaum noch ein Leben dort möglich ist. Nicht umsonst protestierten im letzten Jahr während der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien (wo die Olympischen Sommerspiele 2016 stattfinden werden) hunderttausende Bürger/-innen gegen die Verschwendung von Steuergel-

dern und die Räumung der Wohnviertel benachteiligter Bevölkerungsschichten, der „Favelas“.

Nur langsam wird registriert, dass Sportgroßevents wie Olympische Spiele der Mehrheit der Bevölkerung schaden. Das ist umso gefährlicher, weil Sportgroßevents zunehmend als Katalysator für eine Stadtentwicklungspolitik dienen, deren Ziel die Aufwertung der innerstädtischen Quartiere ist. Bekanntermaßen sind viele europäische Metropolen innerstädtisch weitgehend frei von Bewohner/-innen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen. Erinnerung wir uns an die Revolten insbesondere der diskriminierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den letzten Jahren in den Londoner Vororten oder den Pariser Trabantenstädten. Obwohl medial der Eindruck vermittelt wurde, dass es sich um wütende Jugendgangs und Kriminelle handelte, die auf der Suche nach Statussymbolen Fernseher und Handys raubten, war es doch eher Ausdruck von verzweifelter Widerstand gegen eine Politik der sozialen Spaltung: Ökonomisch beraubt und an den Rand gedrängt, artikulieren Arbeiterkinder hier ihre Wut über Sozialkürzungen und Verdrängung an den Rand der Gesellschaft. Letzteres im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Vermutung liegt nahe, dass der rot-grüne Senat Ähnliches auch für Hamburg plant. Dass die Spiele „im Herzen der Stadt“ und „am Wasser“ auf dem Kleinen Grasbrook stattfinden sollen, birgt eine große Gefahr für (noch) bezahlbare zentrumsnahe Viertel: Getreu dem Konzept „Sprung über die Elbe“, welches dieser und andere Senate forcierten und noch forcieren, sollen so Arbeiterviertel südlich und südöstlich der Elbe „aufgewertet“ werden. In diesem Kontext sind die Olympiapläne des Senates zu verstehen: Die Olympischen Spiele werden als Katalysator für die Aufwertung von Arbeiterstadteilen wie Wilhelmsburg, Veddel und Rothenburgsort dienen. Sollte dieses Ziel erreicht werden, würde in Hamburg kaum mehr ein Unter-

schied zu Paris oder London bestehen, wo weite Teile der Arbeiterklasse längst in die Peripherie gedrängt wurden. Die Stadt beziehungsweise das Stadtzentrum bliebe den Reichen vorbehalten.

Gleichzeitig wurde von der Allparteienkoalition in Bund und Ländern die Schuldenbremse beschlossen. Während für ein Prestigeprojekt wie Olympia eine zweistellige Milliardensumme da sein soll, werden sozialen Einrichtungen mit Verweis auf die Schuldenbremse selbst geringste Kleckerbeträge verweigert. Eine Austragung der Spiele würde die gesamte soziale Infrastruktur an den Rand der Existenz bringen.

Wie sehr der herrschenden Politik daran gelegen ist, eine Olympiabewerbung Hamburgs im Schnelldurchgang durchzuboxen, ist an den Referendumsplänen zu sehen. Noch bevor Tatsachen in Form einer verlässlichen Kostenkalkulation oder detaillierter Baupläne vorliegen, sollen die Bürger/-innen der Hansestadt im Herbst 2015 über Olympia abstimmen. Gleichzeitig wird mit der Verfassungsänderung durch SPD, CDU und Grüne ein demokratischer „Roll-Back“ vollzogen, wie „Mehr Demokratie“ zurecht kritisiert. Geht es nämlich nach den Plänen der Olympiabefürworter, würde ein installiertes Top-Down-Referendum in Zukunft praktisch alle Vorhaben der Volksgesetzgebung von unten blockieren und ins Leere laufen lassen, mindestens jedoch dort, wo es der Senat für nötig hielt. Es zeigt sich also, dass Olympische Spiele – neben den bereits bekannten Folgen für die Steuerzahlerinnen, die soziale Lage und den Breitensport – auch schädlich für die Demokratie sein können.

Mit dem Begriff der „Eventisierung“ wird der zunehmende Fokus auf kurzfristige Veranstaltungen oder Projekte gelegt, die die Seele der

Bevölkerung vor-dergründig streicheln sollen, aber eine für alle zugängliche, weitsichtige Politik verhindern. In Zeiten, in denen die Eventisierung der Politik zunimmt und große Schaufensterprojekte wie Elbphilharmonie oder Olympia über die tatsächlichen sozialen Spannungen hinwegtäuschen, muss endlich eine Politikwende eingeleitet werden. Mit Olympia äußert sich der Klassenkampf von oben, der frei nach dem Motto „Brot und Spiele“ die herrschenden Verhältnisse zementieren soll.

Daher ist es notwendig, eine entscheidende Frage zu stellen: Wie wollen wir in unserer Stadt leben? Diese Frage ist von zentraler Bedeutung, weil sie grundsätzlich hinterfragt, für wen die Mittel ausgegeben werden. Wollen wir die Ressourcen tatsächlich für eine Minderheit investieren, die daraus Profit schlägt? Oder wollen wir, dass soziale, sportliche und kulturelle Gerechtigkeit hergestellt wird, die der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommt? Hier tut die LINKE gut daran, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um eine Bewerbung Hamburgs zu verhindern. Und die LINKE Hamburg könnte es gemeinsam mit ihren Bündnispartner/-innen trotz geringer Mittel schaffen, einem korrupten Sportgroßevent, das nur noch der kapitalistischen Verwertungslogik folgt, für mehrere Jahrzehnte die Legitimation in Deutschland zu nehmen. In Boston, Paris und anderswo schwindet die Unterstützung für ein solch irrsinniges Projekt bereits. Hier können wir international zusammenarbeiten, um das Unmögliche möglich zu machen. Seien wir also realistisch und versuchen das Unmögliche.

Mehmet Yildiz ist Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und Fachsprecher für Sport der Linksfraktion.



Soziale Kälte in einer wachsenden Stadt

Eine Einschätzung des Koalitionsvertrages von SPD- und Grünen für die Regierungszeit 2015 bis 2020

Die SPD Hamburg musste nach vier Jahren absoluter Mehrheit eine Regierungspartnerin suchen und hat die Grünen auserkoren. Als Koalition vereinbarten sie Mehrausgaben in Höhe von 70 Millionen Euro: 40 Millionen für Wissenschaft und Forschung und 30 Millionen Euro für das Ziel „Hamburg wird zur Fahrradstadt“. Weiterhin sind im Kernhaushalt ab 2017 keine neuen Schulden mehr vorgesehen. Steuererhöhungen soll es nicht geben, allerdings investiert Hamburg in die Ausbildung, um den Steuervollzug und damit die Einnahmeseite zu verbessern.

Im sozialen Bereich setzt die SPD ihre bisherige, unzureichende Strategie fort. Dabei hatten erst jüngst Paritätischer und SoVD aufgezeigt: Insbesondere bei Alleinerziehenden, Kindern und alten Menschen, vor allem aber bei Langzeitarbeitslosen hat sich Armut verfestigt. Das Armutsrisiko ist besonders hoch bei Menschen mit Migrationshintergrund. Die „Lösung“ von SPD und Grünen: In den nächsten fünf Jahren sollen vier Armutsberichte die Auswirkungen der bisherigen Politik „reflektieren“.

Zu sechs sozialpolitischen Themenkomplexen aus dem Koalitionsvertrag: Ausbau der Krippenbetreuung: 120 neue Vollzeitstellen für die Umsetzung der Inklusion an Schulen. Alle Ganztagschulen sollen bis 2020 mit Kantinen ausgestattet sein.

Bis „Mitte der 20er Jahre“ sollen alle U- und S-Bahnhöfe barrierefrei sein. Das Sozialticket soll lediglich „regelmäßig angepasst“ werden. Barrierefreiheit ist ein herausragendes Ziel von SPD und Grünen – im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel. Hamburg soll eine inklusive Stadt werden. Als strategische Maßnahme soll das Inklusionsbüro mit dem Büro der Senatskoordinatorin für Menschen mit Behinderungen zusammengeführt werden.

Die Gesundheitswirtschaft ist mit 130.000 Beschäftigten einer der bedeutendsten Wachstumsmärkte. Es finden sich im Koalitionsvertrag etliche strategische Positionierungen:

- ▶ Die Krankenhausinvestitionen bleiben auf hohem Niveau. Keine Veräußerung der Anteile von Asklepios.
- ▶ „Der Senat wird im Rahmen einer Minderheitsbeteiligung darauf hinwirken, dass Qualität und Patientensicherheit stetig verbessert, Beschäftigungsverhältnisse auf Dau-

er angelegt und tarifgebunden sind sowie Leiharbeit auf ein begründetes Minimum reduziert und die Bürgerschaft besser informiert wird.“ Umsetzung: unklar.

- ▶ Die Beschäftigungsverhältnisse im Öffentlichen Gesundheitsdienst sollen dem Tarifsystem für angestellte Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern angeglichen werden.

- ▶ Geplant ist ein Beratungsangebot zu psychischen Belastungen am Arbeitsplatz für Menschen, die in der freien Wirtschaft tätig sind. Umsetzung: unklar.

- ▶ Die geriatrische, das heißt die medizinische Versorgung von Älteren, soll weiter ausgebaut werden: Es wird ein Zentrum für Altersmedizin geschaffen. Umsetzung: unklar.

- ▶ Der Anteil an Wohnungen für Menschen mit Dringlichkeitsschein soll erhöht werden. Umsetzung: unklar.

Ein Sofortprogramm zur Versorgung von vordringlich Wohnungssuchenden in öffentlicher Unterbringung soll aufgelegt werden, Form und Ausgestaltung bleiben offen. Ein runder Tisch soll dazu eingerichtet werden.

DGB und ver.di kritisieren zu Recht, dass das Thema Arbeit zu wenig thematisiert wird. Auf einer Klausur soll die Arbeitsmarktpolitik weiter ausgerichtet werden. Umsetzung: unklar.

Gleichstellung findet nur für die Hochschulen Erwähnung, das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm wird fortgeschrieben. Kein Wort steht zur Armutsgefährdung von Migrant*innen geschrieben. Olympia ist DAS Projekt des neuen Senats. Weder die Kosten, noch die Folgen des Spektakels können derzeit benannt werden. DIE LINKE hat bereits massiven Widerstand angekündigt.

Als eine der wenigen Regionen der Bundesrepublik Deutschland erfährt Hamburg Zuzug von jungen Arbeitskräften und hat Mehreinnahmen. Doch wo die einen gewinnen, verlieren die anderen: Die Armut wird sich mit diesem rotgrünen Arbeitsprogramm für die bereits genannten Bevölkerungsgruppen weiter verfestigen.

In diesem Klima gedeihen Rassismus, Sexismus, Homophobie und Europafeindlichkeit – womit die AfD im bürgerlichen Lager punkten konnte.

Weiter auf Seite 25

Opposition ist nicht Mist



Ein Kommentar von Herbert Schui

Als Müntefering im März 2004 zum Vorsitzenden der SPD gewählt wird, warnt er die Kritiker der Hartz-Gesetze davor, die Regierungsfähigkeit aufs Spiel zu setzen. Denn „Opposition“, so Müntefering, „ist Mist. Lasst das die anderen machen, wir wollen regieren.“ Ein Jahr danach reichte es dann zum Mitregieren in einer Großen Koalition. Damals noch mit einem Stimmenanteil von 43,2 Prozent. Gutgetan aber hat der SPD die Koalition nicht. Bei den Wahlen 2009 erreicht sie 23,0 Prozent. In der Opposition nach 2009 erholt sie sich wieder leicht und kommt 2013 auf 25,7 Prozent. Die aktuellen Umfragen zeigen keine besseren Werte. Offensichtlich ist Mitregieren auch Mist.

Ein brauchbarer Beleg für die Nachteile des Mitregierens sind die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg (2014) auf der einen und der Bürgerschaftswahlen in Hamburg in diesem Februar auf der anderen Seite. In Brandenburg regierte Die Linke als der kleinere Partner der SPD mit. Bei den Wahlen sinkt die Zahl der Zweitstimmen, die Die Linke bekommt, von 377.112 auf 183.178, also ein Verlust von 51 Prozent. Von diesen 51 Prozentpunkten gehen rund fünf Punkte an die AfD. Viel größer aber ist der Stimmenverlust, weil 115.000 Leute, die 2009 Die Linke gewählt hatten, nun nicht mehr zur Wahl gingen. Das macht von den 51 Prozentpunkten weitere 30 Punkte aus. Dass Die Linke von ihren 26 Parlamentssitzen aber nur neun verliert, liegt an der geringeren Wahlbeteiligung. Sie sinkt von 67,0 auf 47,9 Prozent.

Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg sieht's anders aus. Vor der Wahl macht die Fraktionsvorsitzende Dora Heyenn in einem Fernsehinterview von vorneherein klar, dass Die Linke – anders als vor allem die Grünen oder die FDP – eine Koalition mit der SPD ablehnt. Also konsequente Opposition. Das Ergebnis bestätigt Heyenn: Obwohl die Wahlbeteiligung von 57,3 auf 56,5 Prozent sinkt, steigen die Stimmen für Die Linke von 220.428 (2011) auf 300.567 (2015), das sind 36 Prozent mehr. 1.000 Stimmen verliert die Linke an die AfD (bei einem Zugewinn von rund 80.000 Zweitstimmen nicht viel). Aus dem Lager der Nichtwähler bekommt sie 3.000 Stimmen dazu, so die Ergebnisse von Infratest.

Gerade der Erfolg bei den Nichtwählern ist beachtenswert. Denn die Erfahrung zeigt, dass die Wahlbeteiligung sinkt, wenn die Armut zunimmt. 1949 liegt die Wahlbeteiligung bei noch hoher Arbeitslosigkeit bei 70 Prozent, sie steigt bei den Wahlen 1972 und 1976 (Vollbeschäftigung) auf über 90 Prozent und ist mittlerweile mit steigender Arbeitslosigkeit wieder auf etwa 70 Prozent zurückgefallen. Ähnlich die Ergebnisse bei der Bundestagswahl 2013: In Wahlbezirken mit hoher Arbeitslosigkeit ist die Wahlbeteiligung gering. Die Erklärung hierfür ist nicht, dass Arme und Arbeitslose politisch gleichgültig wären, kein Interesse am politischen Geschehen hätten. Der Grund fürs Nichtwählen ist vielmehr die Erfahrung, dass bis dahin keine Regierung, keine Volkspartei ernsthaft daran gegangen wäre, die Armut zu beseitigen. Im Gegenteil: Mit zunehmender Armut richten sich immer rigorosere Gesetze gegen die Armen, so die Hartz-Gesetzgebung. Das Konzept und die Praxis der Volksparteien ermutigen nicht dazu, aus der Demokratie, mit der Demokratie etwas zu machen. Die Parteien werden wahrgenommen als ein in sich rotierendes, abgekapseltes Elitkartell, das vorgebliche Sachzwänge alternativlos verwaltet. Welche Wahl haben die Wahlberechtigten dann? Dennoch kann eine Partei Stimmen von den Nichtwählern bekommen, wenn sie nicht zu diesem Elitkartell gezählt wird, wenn sie als wirkliche Opposition gilt.

Das stimmt überein mit den Wahlmotiven bei der Bürgerschaftswahl: Die Infratest-Umfrage nach der Wahl zeigt, dass 79 Prozent der Wähler der Linken für diese Partei votierten, weil ihr Sachlösungen zugetraut werden. Gegenüber der Wahl von 2011 ein Zugewinn von neun Prozentpunkten. Alle anderen Parteien haben hier weitaus schlechtere Werte, so die SPD 39 Prozent mit einem Verlust von vier Prozentpunkten. Damit ist die Hamburger Linke auf dem richtigen Weg. Nicht gewählt wurde Die Linke (anders als vielleicht die FDP) wegen der Attraktivität ihrer Spitzenkandidatin. Das aber spricht für Dora Heyenn. Sie hat offenbar viel dazu beigetragen, die Wähler auf die Sachlösungen der Partei zu verweisen. Opposition ist also nicht Mist. Sie führt zum Erfolg.

Herbert Schui ist Redakteur dieser Zeitschrift



Weg mit der Einheitsgemeinde

In der Hamburger Verfassung von 1952 wird sie nicht mehr genannt, in all ihren Funktionen ist sie aber nach wie vor existent, indem sie den Bezirken das grundgesetzlich verbürgte kommunale Selbstverwaltungsrecht verweigert.

Die Einheitsgemeinde wurde von den Nazis 1937 als Verwaltungsstruktur nach dem Führerprinzip für Hamburg beschlossen und 1938/39 umgesetzt. Dies bedeutete, dass sämtliche kommunalen Belange in die Entscheidungshoheit des Senats und seinen Behörden übergingen. Die bis dahin im Stadtstaat Hamburg eigenständigen Städte Bergedorf und Cuxhaven (Amt Ritzebüttel) verloren neben einigen Gemeinden wie Moorburg ihre Selbständigkeit. Ebenso erging es den bis dahin selbständigen preußischen Städten Altona, Wandsbek und Harburg, die nach dem Großhamburg-Gesetz eingemeindet wurden (Harburg im Tausch gegen Cuxhaven). Diese Verwaltungsstruktur wurde nach dem Krieg von dem zunächst eingesetzten und dann gewählten Ersten Bürgermeister Hamburgs, Max Brauer (SPD), eins zu eins gegen Widerstände vor allem aus Altona und Harburg übernommen. „In der Freien und Hansestadt Hamburg werden staatliche und gemeindliche Tätigkeit nicht getrennt“, wie es in Art. 4 Abs. 1 der gültigen hamburgischen Verfassung vom 6. Juni 1952 heißt. Es gibt also innerhalb des Stadtstaates keine irgendwie selbständigen kommunalen Körperschaften oder Verwaltungsstellen, sondern nur die durch das Bezirksverwaltungsgesetz geschaffenen Bezirksämter, die nach §3 Abs. 2 dieses Gesetzes lediglich die Verwaltungsaufgaben wahrnehmen, „die ihnen der Senat zuweist“. Das bedeutet, dass die Bezirksämter und mit ihnen die Bezirksversammlungen in der Durchführung ihrer Aufgaben an Rechts- und Verwaltungsvorschriften gebunden sind und neben der allgemeinen Bezirksaufsicht fachrechtlichen Eingriffen seitens des Senats unterliegen. Ein Klagerecht dagegen gibt es nicht, lediglich die Möglichkeit einer Geltendmachung von rechtlichen Bedenken (Remonstrations), die berücksichtigt werden können oder auch nicht.

Die Bezirksversammlungen sind Verwaltungsausschüsse, die – gleichwohl direkt vom Volk gewählt – eine einerseits beaufsichtigende Funktion gegenüber den Bezirksämtern haben, andererseits gegenüber dem Senat und seinen Fachbehörden lediglich Empfehlungen aussprechen können, die jederzeit vom Senat außer acht gelassen bzw. aus der bezirklichen Hoheit herausgenommen (evoziert) werden können. Hierfür gibt es verschiedene Instrumente. Z.B. die Verweigerung der Zustimmung zu bezirklich eingeleiteten

Bebauungsplänen in der sog. Grobabstimmung mit der Senatsbehörde BSU (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt). Oder die Einrichtung von sog. Vorbehaltsgebieten, die der BSU dann planungsrechtlich vollständig unterstehen. Bürgerentscheide, die rechtlich Beschlüssen der Bezirksversammlungen gleichgeordnet sind, unterliegen denselben Regularien.

Das bedeutet, dass die demokratisch legitimierte kommunale (bezirkliche) Verfügungsmacht über die öffentlichen Flächen, Immobilien, die sozialen, kulturellen Einrichtungen und die Beschäftigungsverhältnisse in diesen Bereichen nicht existiert, sondern beim Senat und seinen Fachbehörden liegt und den Bezirken lediglich zur Feinspezifizierung (sprich: Umsetzung der Schuldenbremse und ihren Auswirkungen) übertragen wird.

Angesichts des Umstandes, dass die sieben Hamburger Bezirke mit durchschnittlich einer Viertelmillion EinwohnerInnen Großstädten entsprechen, aber nicht einmal die kommunalen Selbstverwaltungsrechte wie Gemeinden mit tausend EinwohnerInnen haben, erscheint dieser Zustand geradezu grotesk.

Entgegenwirkende Argumentationen wie die Sorge vor der Zerschlagung Hamburgs durch Kleinstaaterei usw. wirken eher vorgeschoben, wenn man die Realität der kommunalen Selbstverwaltung in Flächenstaaten betrachtet, die grundgesetzliche Fragen ebenso ausklammert wie landesbezogene Aspekte (Hafen, Flughafen, Nahverkehrsnetz usw.)

Vor diesem Hintergrund unterstützt der Bezirksverband Der Linken in Altona die Volksinitiative zur Abschaffung der Einheitsgemeinde bzw. zur Schaffung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts der Bezirke durch eine hierfür erforderliche Änderung der Hamburgischen Verfassung.

Leitmotiv hierbei ist die seit Jahrhunderten für Flüchtlinge, Gäste sowie Gewerbetreibende, Kreative, KünstlerInnen und Kaufleute offene Stadt Altona, die von den Altonaerinnen und Altonaern auch aktuell mit überwältigender Mehrheit bei den Bezirks- und Bürgerschaftswahlen zum Ausdruck gebracht worden ist.

Robert Jarowoy ist Abgeordneter der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Altona



Die Zeichen der Zeit

Als Manolis Glezos die Hakenkreuzfahne von der Akropolis reißt, setzt er ein mutiges Fanal zum Widerstand gegen die Nazi-Okkupanten. Bei seiner Rede vor der diesjährigen 1.-Mai-Kundgebung in Hamburg stellte der heutige EU-Parlamentarier von Syriza fest: „Die Geschichte klopft an unsere Tür“. Mit Schalk im Nacken ergänzte er: „Und die Frage ist, ob wir sie hören“.

Die Bürgerschaftswahl gehört in eine Phase, die das Ende des Neoliberalismus einläutet. In der fortschreitenden Krise polarisiert sich zunehmend der Arm-reich wie auch der Links-rechts-Widerspruch. Die Zustimmung zu den regierenden Parteien sinkt, die Wahlbeteiligung ebenso. SPD und Grüne, die dem Neoliberalismus ein menschliches Antlitz verpassen wollen, verlieren zusammengenommen in Hamburg, CDU, FDP und AfD profitieren nicht. Die LINKE wächst gegen den Bundestrend. Mittlerweile zerfallen AfD und Pegida, eine erstarkende rechtsextreme Bewegung ist nicht in Sicht – deutlich anders als in der vergleichbar tiefen Wirtschaftskrise der 30er Jahre.

Die neoliberale Doktrin, wonach der Mensch sich den kalten Regeln des Profitheckens fügen und egoistisch abstampeln soll, verliert an Einschüchterungskraft. Wer glaubt noch, daß die Ursache der Krise das Rezept ihrer Lösung sei? Wer will noch Ware und Ich-AG sein?

Ein sozialkritischer Aufbruch entwickelt sich weltweit, sein Wesen ist die Solidarität: für eine demokratische Eigentumsordnung, für die gerechte Verteilung der Güter und die Freiheit des friedlichen Zusammenlebens und -arbeitens. Das neoliberale „Dreieck“ aus Großkonzernen, staatlichen Institutionen und Mainstream-Medien stemmt sich verbissen dagegen. Die Frage ist nun: Läßt sich die LINKE durch Regierungsbeteiligung und Parlamentsfixierung neoliberal integrieren – weil sie besser weiß, was im Rahmen der Schuldenbremse soziale Linderung verschafft? Das würde dem Dreieck neues Leben einflößen.

Syriza macht keine Regierungs„beteiligung“ als Anhängsel. Sondern mit 36 Prozent der Wählerstimmen eine offensive Oppositionspolitik gegen das Dreieck. Die Grundlage bildet eine vehemente außerparlamentarische Bewegung mit starken internationalen Zügen, welche die Menschen gegen die neoliberale Egoismus-Doktrin und gegen die ungeheuerlichen sozialen Bedrückungen ermutigt, sich nicht erpressen zu lassen, sondern ihre Geschicke solidarisch selbst in die Hand zu nehmen.

Hierzulande haben wir es ebenfalls mit dem „Dreieck“ zu tun. In Hamburg setzt Rot-Grün ungebrochen die zynische Agenda-2010-Politik fort, garniert mit grünem Le-

bensgefühl à la „Urban gardening“.

Es sollte der LINKEN ein intellektueller Festschmaus sein, die Mißstände beherzt zu benennen, die Ursachen gegen alle Drohungen und Verlockungen aufzudecken, die Nutznießer und Schönredner lustig anzugreifen und unkorrupter beharrlich – außerparlamentarisch wie in den Parlamenten – Forderungen für eine humane und emanzipatorische Wende aufzustellen. Exemplarisch seien genannt: Opposition: Je mehr Schuldenbremse, Fiskalpakt und die „Alternativlosigkeit“ verlacht werden, um so mehr nützt es allen.

Etwas Besseres als Olympia: Gegen das „Dreieck“ wirken „aufklären, aufklären, aufklären“, Forderungen zur Verbesserung von Infrastruktur und allgemeiner Wohlfahrt sowie internationale Solidarität.

Flüchtlinge: An den Grenzen der EU geschieht tausendfacher Mord. Werden die Kriege beendet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht gestaltet, entfallen die Fluchtursachen. Bis dahin haben die Grenzen geöffnet zu sein und die Flüchtenden gerettet zu werden – niemand braucht Almosen, alle haben dieselben Rechte.

Rüstungsexportverbot: Über den Hafen wird der Tod in alle Welt verkauft. Von Hamburg soll Frieden ausgehen, daher muß die Kampagne für ein Verbot von Rüstungsexporten wiederbelebt werden.

Rekommunalisierung: Das Geschäft mit der Krankheit läßt die Patienten verzweifeln, macht die Beschäftigten krank und pervertiert die Medizin. Krankenhäuser zu Gesundheitshäusern! Einer muß den Anfang machen.

AfD, NSU und die Dienste: Was die Rechten eint, ist die Aggressivität für Ausbeutung und soziale Ungleichheit. Das muß auch in der Bürgerschaft bekämpft werden. Ein Untersuchungsausschuß gegen die NSU und die Unterstützung durch die Dienste wird Interessantes hervorbringen.

Parteientwicklung/Geschäftsstelle: Alle politischen Vorhaben sind Angelegenheiten aller. In der Landesgeschäftsstelle sollten sich die GenossInnen treffen und beraten können, Interessierte eine Anlaufstelle finden. Daher muß, wie vom Parteitag beschlossen, eine neue Geschäftsstelle gesucht werden, die groß genug und für alle gut erreichbar ist.

Bemerken wir die Zeichen der Zeit?

Kristian Glaser, Liste LINKS und Landesvorstand der LINKEN

Leitmedien und Staatsräson

Wer über die Hauptkonflikte und politischen Handlungsfelder der Gegenwart nachlesen will, findet in den deutschen Leitmedien oft entweder Desorientierung oder Leerstellen vor. Einen medialen Totalausfall muss zum Beispiel jeder feststellen, der nach Alternativen zum gegenwärtigen Regierungshandeln im Bereich der Konflikte in der Ukraine und zwischen Griechenland und Deutschland/EU sucht. Von Abendblatt über Bild und Spiegel bis zur Zeit, von ARD bis ZDF bietet sich nahezu dasselbe Bild: In Griechenland müssen weitere „Reformen“ auf den Weg gebracht werden und gegen eine Annexion der Krim helfen nur Sanktionen gegen Russland, der angebliche Krieg Russlands gegen die Ukraine erfordert allgemeine Aufrüstung, die Stützung der Austeritätsdiktatur der Jazenjuk-Regierung und die fast durchgehende Weigerung, irgendwo Faschisten am Werk zu erkennen (auch wenn der Spiegel inzwischen die Asow-Bataillone entdeckt hat) – kurz: die Verteidigung der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft.

Am Beispiel der Behandlung von Schulden wäre der doppelte Standard in der Sichtweise der Bundesregierung besonders gut nachzuweisen. Auf der einen Seite zwingt die EU unter intensiver deutscher Anfeuerung der linken griechischen Syriza-Regierung immer weitere soziale Grausamkeiten auf, obwohl die bereits bewirkten Verwüstungen der „Reformen“ unübersehbar sind und alle wissen, dass die ständig weiter wachsenden Schulden niemals zurückgezahlt werden können. Die Folgen werden katastrophal sein – möglicherweise nicht nur für die griechischen Lohnabhängigen: Es drohen neue Wirtschaftskrisen und sogar der unkontrollierte Zerfall der EU. Auf der anderen Seite werden die ständig wachsende Verschuldung der Ukraine und der drohende Staatsbankrott so gut wie gar nicht erwähnt. Im Gegenteil: Immer neue „Hilfen“ werden angeboten, obwohl die Zahlungsunfähigkeit der Ukraine nicht mehr aufzuhalten sein wird. Im März erhielt die Ukraine etwa zwei Milliarden US-Dollar vom Internationalen Währungsfonds. Die USA schicken 3000 Fallschirmjäger und würden am liebsten direkte militärische Unterstützung an das von neuen Kampfhandlungen heimgesuchte Land liefern. Eine weitere Verelendung und ein langgezogener Bürgerkrieg werden die Folgen sein, wobei ein neuer Kalter Krieg droht und das Risiko einer direkten militärischen Konfrontation mit Russland bis hin zum Einsatz von Atomwaffen in Europa steigt.

Die Aufgabe von kritikfähigen Medien wäre es, solche Widersprüche im Handeln der Regierungen, die resultierenden Gefahren für die Menschen in Deutschland und anderswo zu skandalisieren und auf friedliche Alternativen – wie zum Beispiel die Stärkung der Rolle der OSZE – zu verweisen. Davon ist zumeist nur in kleinen linken Zeitungen oder auf alternativen Webseiten zu lesen, während die „Qualitätsmedien“ die kriegerische Eskalation und den „Greccident“ buchstäblich herbeischreiben. Überhaupt findet man dort statt Analysen oft nur platt-psychologische Feindbilder und Personalisierungen von komplexen Prozessen: Putin, Tsipras, Varoufakis werden diskriminiert. Dagegen wird der subjektive Faktor im Falle Poroschenkos ausgeblendet: Seine Darstellungen der Lage in der Uk-

raine können offensichtlich unhinterfragt eins zu eins als die reine Wahrheit übernommen werden.

Viele andere Themen werden von den Leitmedien ebenfalls im Sinne einer Staatsräson behandelt: „internationale Verantwortung“ für mehr Militäreinsätze, Notwendigkeit des Freihandels, Ausbau von EU-Mechanismen mit Ewigkeitsanspruch, Investitionsschutz und TTIP, Alternativlosigkeit der ökonomischen Glaubenssätze der Neoklassik: Wirksamkeit der Marktgesetze, Deregulierung, Privatisierung und Enthaltensamkeit des Staates usw. Wo kann man darüber nachlesen, wer gewinnt und wer verliert? Es ist evident: Deutsche Leitmedien dienen nicht mehr der Aufklärung sondern überwiegend der Verschleierung und Propagierung politischer und ökonomischer Interessen. Sie sind zum willfährigen und ins Herrschaftskonzept integrierten Instrument geworden.

Gibt es also ein „Versagen der Medien“? Albrecht Müller arbeitet schon seit mehreren Jahren an der Analyse eines systematischen absichtsvollen Handelns in den Medien und setzt sich in diesem Zusammenhang auf den „Nachdenkseiten“ mit dem Begriff „Lügenpresse“ – dem Unwort des Jahres 2014 – auseinander: „Ein blödes Wort, vorbelastet und viel zu pauschal“. Er sieht aber im eigentlichen Tatbestand der Lüge, der bewussten Verbreitung der Unwahrheit, eine gewisse Substanz und schlägt ersatzweise den Begriff „Kampfpresse“ vor – „das passt“. In seinem Buch „Meinungsmache. Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen“ zeigt Müller, dass wichtige politische Entscheidungen bis hin zur Vorbereitung von Kriegen in strategisch geplanten Kampagnen der Meinungsbeeinflussung vorbereitet werden.

Nach 1945 hatte sich in der deutschen Medienlandschaft in begrenztem Maße ein kritisches Potential entwickelt. Dieses ist mittlerweile weitgehend verschwunden, auch wenn heute hier und dort unterschiedliche Positionen publiziert werden – besonders wo die Interessen verschiedener Kapitalfraktionen sich überkreuzen. Wie konnte sich die Tendenz zur Vereinheitlichung der politischen Positionen entwickeln? Die Analyse wäre die Aufgabe einer noch zu erarbeitenden politischen Ökonomie der Medien, die es aber zur Zeit höchstens im embryonalen Zustand gibt. In ihr müsste eine Reihe von Faktoren eingearbeitet werden.

Die ARD-Werbung SALES & SERVICES (AS&S) analysiert in ihrer Publikation „Media Perspektiven“ regelmäßig „die Entwicklung neuer und klassischer Massenmedien“. Im Heft 5/2014 wird für den Zeitungsmarkt 2014 der Befund „Erneut Höchstwert bei Pressekonzentration“ formuliert. Diese hat zur publizistischen Macht einiger weniger Konzerne geführt. Zehn Medienkonzerne haben sich weit mehr als die Hälfte der Zeitungen und Zeitschriften angeeignet und sind ins Buch-, Radio-, Fernseh- und Internetgeschäft eingestiegen: Neben Springer und Spiegel sind das vor allem DuMont, Madsack, Funke, Bauer. Ein ähnliches Bild bietet sich bei den Presseagenturen. David Goeßmann, Mitbegründer des unabhängigen TV-Nachrichtenmagazins „Kontext TV“, beurteilt „die Informations- und Quellenbasis, auf der Nachrichten täglich produ-

ziert werden“, so: Diese „wird dominiert von staatlichen Institutionen und Unternehmen, also von PR im Dienste konzertierter Interessen.“ Die öffentlich-rechtlichen Medien sind zudem sowohl dem indirekten Druck der kommerziellen Konkurrenz als auch dem Parteienproporz der ganz großen neoliberalen Koalition ausgesetzt.

Gleichzeitig haben die neuen Medien-Großkonzerne die Renditeerwartungen und die Methode ihrer Profitwirtschaftung an die übrigen Bereiche der kapitalistischen Produktion angeglichen. Eine der Folgen davon ist, dass angesichts des Rückganges der Auflage vieler Zeitungen eine Ausdünnung der Redaktionen durchgeführt wurde, sodass nunmehr zumeist nur Agenturmeldungen umgewälzt werden und eigene Recherchen oft entfallen.

Für eine Netzwerkanalyse des Leipziger Instituts für Praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung (IPJ) wurde die Beteiligung der Top-Journalisten deutscher Leitmedien an der Arbeit von deutschen, ausländischen und internationalen Organisationen erfasst (wie Vereine, Think Tanks, Stiftungen und nicht-öffentliche Konferenzen). In seinem Buch „Meinungsmache“ (2013) beschreibt Uwe Krüger die Ergebnisse: Von 219 der zur oben genannten Gruppe zu zählenden Personen wurde in der Studie bei 64, also jedem vierten, ein hohes Kontaktpotenzial zu den Eliten aus Politik und Wirtschaft festgestellt. Zur einseitigen und manipulativen Berichterstattung im Bereich der Außenpolitik trägt vor allem das Netzwerk des deutsch-amerikanischen Freundschaftsvereins Atlantik-Brücke bei.

Für die Ruhigstellung etwa noch beschäftigter kritischer Journalisten sorgt zudem der „Tendenzparagraf“ im Betriebsverfassungsgesetz, der eine „innere Pressefreiheit“ in Verlagen effektiv verhindert und der später auch im Mitbestimmungsgesetz eingearbeitet wurde. Dieser spricht Beschäftigten und ihren Betriebsräten in Medienbetrieben Mitbestimmungsrechte ab, die in allen anderen Branchen gelten und schützt den Verleger als „Tendenzträger“ vor den politischen Positionen seiner Journalisten, indem er beispielsweise verpflichtende Anweisungen des Verlegers und im Streitfall auch die Kündigung von Redaktionsmitgliedern mit abweichenden Meinungen ermöglicht. Alle Versprechungen der Regierungen Brandt und Schmidt, die verlegerische Grundsatzzkompetenz durch ein Presserechtsrahmengesetz zugunsten einer Eigenverantwortlichkeit der Journalisten einzuschränken, wurden nicht eingelöst.

Was tun? Die „Erlanger Erklärung“ des Instituts für Medienverantwortung gUG (<http://www.publikumsrat.de/ueber-uns/erlanger-erklaerung/>) fordert z.B. partizipative Strukturen u.a. durch einen Publikumsrat für die öffentlich-rechtlichen Medien, der mehr Meinungspluralismus bewirken könnte. Das wäre ein Ansatz. Als einzige parlamentarische Oppositionspartei gegen die Staatsräson verleiht die Partei DIE LINKE dem Dissens eine Stimme; sie hat also die große Aufgabe zur Gegenöffentlichkeit beizutragen. Die Konzernmedien sind und bleiben aber ein Machtinstrument des Kapitals. Also doch: „Enteignet Springer“? Bis dahin gibt es ja auch noch die „Hamburg Debatte“.

Uli Ludwig ist Redakteur dieser Zeitschrift

Die atmende Fabrik

Das muss drin sein! Mit dieser Parole startet Die Linke am 1. Mai eine Kampagne, die sich – das ist die erste von fünf Forderungen – gegen befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit richtet.

Vor 20 Jahre hat VW-Chef Ferdinand Piëch die Parole von der atmenden Fabrik lanciert – tatkräftig unterstützt von Politikern und Journalisten. Das Suggestive an diesem Begriff liegt auf der Hand: Wer nicht atmet, der erstickt. Dann werden Leute entlassen. Volkswagen wurde die erste atmende Fabrik. 1993 nahmen dort die Aufträge um ein Viertel ab. Zu Entlassungen sollte es nicht kommen. Mit der traditionellen Kurzarbeit wollte man sich nicht helfen. Stattdessen wurde im Dezember 1993 eine 28,5-Stunden-Woche mit flexibler Arbeitszeit vereinbart; der Stundenlohn wurde erhöht, zu einem vollen Lohnausgleich kam es allerdings nicht. Der Einkommensverlust betrug fünfzehn Prozent. Peter Hartz, damals Personalvorstand von VW, handelte das VW-Modell mit der IG-Metall aus. Mit von der Partie war Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident von Niedersachsen und deswegen Mitglied des Aufsichtsrates von VW.

Der Vorteil für das Unternehmen liegt auf der Hand: Wenn schon der Bestand an Maschinen nicht der jeweiligen Auftragslage angepasst werden kann, dann doch wenigstens die Arbeitsstunden, die bezahlt werden müssen. Die Arbeit muss sich bereithalten, und das auch in der kurzen Frist. Viel planen lässt sich da nicht an den freien Tagen. Eine atemlose Belegschaft rennt hinter der jeweiligen Auftragslage und Fertigungsplanung her. Auf der Webseite von VW wird das positiv gesehen: „Flexibilität ist ein wichtiger Aspekt, wenn es darum geht, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.“

Ähnliche Formen der Flexibilisierung der Arbeit wie bei VW wurden rasch Praxis in allen Unternehmen. Das erfordert den „M4-Mitarbeiter, der mehrfachqualifiziert, mobil, mitgestaltend und menschlich ist.“ Das ist niemand von Anfang an. Durch Selbstoptimierung können sich die Beschäftigten vervollkommen. Das klingt religiös, pietistisch. Der Lohn ist aber nicht das Himmelreich, sondern Aussicht auf Beschäftigung. Der Begriff der Selbstoptimierung stammt aus der Regelungstechnik. Die Produktionswissenschaft arbeitet an der Entwicklung einer Automatisierungstechnik, die die jeweiligen Umfeldbedingungen selbständig erkennt und ...

Weiter auf Seite 23



Umgeleitete Protestpotentiale?

Phillip Becher über den europaweiten Rechtspopulismus, seine Nutznießer und den Fortbestand der politischen Rechten nach der Niederlage ihrer Radikalvariante

In zahlreichen europäischen Staaten haben sich nicht erst seit Kurzem starke Parteien rechts der konservativ oder christdemokratisch geprägten Volksparteien etabliert, in manchen Ländern (wie in Ungarn) befinden sie sich in Regierungsverantwortung und vollziehen Sozial- und Demokratieabbau auf breiter Front, in anderen (wie in Frankreich) treiben sie andere politische Gruppierungen erfolgreich vor sich her.

Mit dem in der Signatur des Jahres 1945 bereits enthaltenen Kalten Krieg, in dessen Windschatten der Faschismus je nach Perspektive entweder überlebte (wie als Herrschaftssystem in Spanien oder Portugal) oder reaktiviert wurde (wie in Italien als Bewegung nur anderthalb Jahre nach der Hinrichtung Mussolinis), war der Grundstein für diese Entwicklung gelegt. Der antisozialistische Zweck, zu dem der Faschismus einst initiiert worden war, wurde nach der Niederringung Nazi-Deutschlands und dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem damit verbundenen Aufwind antifaschistisch-demokratischer Kräfte wieder aktuell. Der Faschismus war also nie komplett aus der Welt. Ihm haben sich jedoch im Laufe der Zeit im Lager der politischen Rechten neue Angriffsvarianten hinzugesellt, die (eher analytisch und weniger normativ) von ihm abzugrenzen sind. Die bieder auftretende, aber deswegen nicht min-

der gefährliche, Version wird oft mit dem Schlagwort „Rechtspopulismus“ umschrieben. Dieser Begriff alleine sagt recht wenig aus. Ein Verständnis des Charakters damit beschriebener Formationen lässt sich jedoch anhand einiger aktueller Beispiele und deren kritischer Einordnung herstellen.

Rechtspopulisten in Parlamenten und auf der Straße... Nachdem vor allem zur Jahreswende 2014/15 mehrere Wochen lang Straßenproteste wie die Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) oder die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA), deren Ausläufer sich nach wie vor auf einem Kreuzzug in Demonstrationsform befinden, die Republik in Atem hielten, wollten Forscherinnen und Forscher unterschiedlicher Couleur wissen, was die Menschen in Scharen in Dresden und anderswo antrieb. Über zum Teil widersprüchliche Befunde hinweg ließ sich – wenig überraschend – eine allgemeine Unzufriedenheit über die herrschende Politik als Konstante festhalten.

Diesen aus sehr unterschiedlichen Motivationslagen Unzufriedenen macht der Rechtspopulismus ein sehr eigenwilliges Angebot: Der moderne Rechtspopulismus, der für sich selbst das „Newcomer“-Label reklamiert, betrat die politische Bühne Europas schon in den 1970er Jahren. Nach ersten Frühformen bereits kurz nach

dem Zweiten Weltkrieg in Italien („Jedermann“-Bewegung) und Frankreich (Poujadismus) bildeten sich zunächst in Skandinavien, später auch in weiteren Ländern des Kontinents die ersten dauerhaft erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien. Nicht zufällig fiel sein Erscheinen mit dem Beginn des Siegeszugs des Neoliberalismus, einer „Lehre, die den Markt als Regulierungsmechanismus gesellschaftlicher Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse verabsolutiert“ (wie es Christoph Butterwegge, Bettina Lösch und Ralf Ptak formulierten), zusammen. Genau wie der Neoliberalismus den Aufsteigern und Siegern des kapitalistischen Wettbewerbs das Wort redet, fixieren sich die bewegungsförmigen und sich von herkömmlichen Parteistrukturen abgrenzenden rechtspopulistischen Formationen organisatorisch auf charismatische Führerfiguren vom Schlage des angeblichen „self-made man“. Hierfür stellt der Österreicher Jörg Haider das Paradebeispiel dar, obwohl sein sozialer Aufstieg keineswegs „selbstgemacht“ war. Zugleich nimmt der Rechtspopulismus die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Vision des Neoliberalismus in sich auf, geriert sich aber zugleich als Schutzanwalt auch derer, die auf der Verliererseite der wirtschaftlichen Entwicklung stehen.

Eine weitere Quelle des Rechtspopulismus ist die vor allem seit den 1970er Jahren zu verzeichnende intellektuelle Strömung der Neuen Rechten. Der dort entwickelte Ethnopluralismus, dem die Vorstellung einer unveränderlichen nationalen beziehungsweise kulturellen Identität zugrunde liegt und der sich vom klassischen „biologischen“ Rassismus abzusetzen versucht, findet in der Agitation gegen Muslime seinen Widerhall. Ein weiteres Feindbild sind vermeintlich unfähige oder korrupte politische Eliten, die sich von den Interessen des „Normalbürgers“ entfernt hätten. Die Kritik an den Eliten ist allerdings von keinem egalitären Anspruch geleitet. Unter Verwendung einer Formulierung des Sozialwissenschaftlers Reinhard Opitz, die dieser mit Bezug auf die Strauß-CSU der alten Bundesrepublik wählte, lässt sich der Rechtspopulismus zusammenfassend als eine Bewegung begreifen, die sich anschickt eine „parlamentsfähige Massenbasis für administrativ-autoritäre Politik“ im Spannungsfeld „zwischen Partei und Sammlungsbeziehung“ herzustellen.

...ihre Hintermänner in Salons und Chefetagen. Ein voreilig der Symmetrie verpflichtendes Denken könnte angesichts dieser Entwicklungen auf die Idee kommen, die Zauberformel zur Bekämpfung der erstarkten antidemokratischen Kräfte wäre nun ein „linker Populismus“. Nicht nur die linke Wissenschaftsikonin Chantal Mouffe plädiert seit Jahren für eine solche Strategie. Nichts könnte jedoch falscher sein als die Annahme, dass die Antwort der demokratischen Kräfte nun gerade darin bestehen könnte, mit eigenen Inhalten an den vorgeblich klassenindifferenten Populismus anzudocken. Reinhard Opitz hat bereits vor gut 30 Jahren in einem ähnlichen Zusammenhang festgehalten, dass Populismus ins Deutsche übertragen eben „völkisches“ Bewusstsein bedeutet. Der von den Rechtspopulisten gewählte Bezug auf das „Volk“ (nicht in einem plebejischen, sondern in einem ethnischen, kulturalistischen oder anderweitig „ganzheitlichen“ Sinne) ist eine demagogische Chiffre, hinter der sich ganz klare Konturen ei-

nes von oben betriebenen Klassenkampfes erkennen lassen. Dies muss deutlich betont zu werden.

So gerät leicht die Programmierstube aus dem Blick, in der reaktionäre Projekte vorbereitet werden. Eine Strategie, die auf vermeintliche gemeinsame Anknüpfungspunkte zwischen den Rechtsgruppen und den demokratischen Kräften abstellt (beispielsweise in der Frage der Euro-Kritik) oder die Vertreter dieses Lagers zu integrieren sucht (wie jüngst bei der Bildung der Athener Koalitionsregierung geschehen), ist vor diesem Hintergrund nicht zielführend. Anstatt die entsprechenden Monopolgruppen, die hinter diesen Politikangeboten stehen, zu isolieren, werden ihre Positionen durch solche Herangehensweisen gefestigt: Seien es die mit Ex-Industriellenchef Hans-Olaf Henkels „Konvent für Deutschland“ und ähnlichen Zusammenschlüssen ihre Interessen zum Ausdruck bringenden Kapitalfraktionen und deren akademischen und inzwischen in Gestalt der AfD eben auch parteipolitischen Sprachrohre wie Bernd Lucke, Joachim Starbatty oder Jörn Kruse in Deutschland oder die mit der Führungsclique der „Unabhängigen Hellenen“ verbundenen Reedereikapitalisten in Griechenland, die nebenbei auch die härtere Variante der Reaktion parat halten, wie die Dokumentation „Faschismus AG“ des griechischen Filmemacher-Teams Infowar Productions über den dortigen Neofaschismus eindringlich zeigt.

Die Stoßrichtung muss also die Schaffung antifaschistischer Bündnisse sein, die sich möglichst breit aufstellen lassen und zugleich den hier angedeuteten Interessengegensätzen Rechnung tragen, um der potentiellen Rechtsentwicklung die Massenbasis abzugraben oder zu entziehen (wobei eine Fixierung auf ein rein parlamentarisches Herangehen ebenfalls hinderlich ist und Bündnisse hier eher gesellschaftlich zu verstehen sind). Von hier aus wäre dann jedoch erst der Anfang gemacht: grundlegende und weiterführende Alternativen wären in der Folge zu formulieren, die, wenn sie die Ursachen für Angebot und Nachfrage von mit dem Faschismus schwanger gehenden Kräftekonstellationen restlos aus dem Weg räumen möchten, irgendwann – vermutlich recht zügig – auch die Frage der kapitalistischen Eigentumsstrukturen berühren müssten. Mit dieser Perspektive sollte es dann aber bereits jetzt effektiv möglich sein, sich den Fußtruppen entgegenzustellen, denen es noch immer, wie im Falle des HoGeSa-Spaltprodukts Gemeinsam-Stark e.V., gelingt mit dem Bekenntnis zu einer „soziale[n] Marktwirtschaft mit einer gerechten Umverteilung von faul nach fleißig“ die Vorstellungen bestimmter Kapitalgruppen, also der „Herren eigener Geist“ (Goethe), in mustergültiger, aber als „oppositionell“ daherkommender Form wohlfeil zu bieten.

Phillip Becher

ist Redakteur der Marxistischen Blätter und arbeitet als Sozialwissenschaftler an der Universität Siegen. Er veröffentlichte in der Basiswissen-Reihe des Kölner PapyRossa-Verlags den Band „Rechtspopulismus“. Demnächst erscheint von ihm als Ko-Autor im gleichen Verlag das Buch „Der Aufstand des Abendlandes. PEGIDA, AfD & Co. vom Salon auf die Straße“.

Wo stehen wir heute?

Der 8. Mai 1945 ist die bedeutendste weltgeschichtliche Zäsur des 20. Jahrhunderts. Das gilt auch im Vergleich mit den Umbrüchen von 1917-1919 sowie 1989/90. Sich dieser Einsicht zu öffnen, setzt voraus, die menscheitsgeschichtlichen Herausforderungen und Gefährdungen der Jahre 1938 bis 1945 in Europa, Asien und Pazifik, Nordafrika und Nahem Osten, in ihrer damaligen Tragweite sowie die Dimension der Kämpfe und Opfer zu vergegenwärtigen. Die aggressivsten imperialistischen Mächte, Japan und Deutschland, erreichten zwischen Sommer 1940 und Herbst 1942 mit ihren Verbündeten und erbeuteten Ressourcen dank rücksichtsloser Eroberung und Unterdrückung zeitweilig kontinentale Vormachtstellungen. Geleitet von rassistischen Überlegenheitsidolen wurden moderne Hochrüstung sowie systematische Vernichtung von Millionen Menschen vorherrschende Merkmale von Eroberung, Okkupation und Ausbeutung.

Der kontinentale oder gar globale Absturz in die Barbarei war zu einer realen Gefahr geworden. In der an Kriegen, mörderischen Diktaturen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit reichen Weltgeschichte erlangten der Dreierpakt von Deutschland, Italien und Japan nebst ihren Verbündeten den Spitzenplatz. Die Antihitler-Koalition erwuchs aus der Erkenntnis unterschiedlicher Regimes, Bewegungen und Persönlichkeiten, dass die faschistisch-rassistische, auf Gewalt und Terror gestützte Mächtegruppierung, zur akutesten Bedrohung bürgerlich-parlamentarischer, radikal-demokratischer und sozialistischer Bestrebungen und Positionen einschließlich ihres humanistischen Minimalkonsenses geworden war. W. Churchill, F. D. Roosevelt und J. W. Stalin koordinierten die bisher größte, heterogene Mächtekoalition der Weltgeschichte und führten sie zum schließlichen Sieg.

Noch während des Krieges entstand der Entwurf für die Vereinten Nationen, ihre Struktur und Arbeitsweise, sowie gemeinsame Vorstellungen für die Welt nach dem Kriege. Die Vereinbarungen der Großen Drei schlugen sich in Mitteilungen über ihre Beratungen in Teheran (Ende 1943) und Jalta (Februar 1945), vor allem aber im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 nieder. Letzteres setzt mit den Prinzipien der Nürnberger Prozesse gegen Nazi- und Kriegsverbrecher bis heute auch die Maßstäbe für das Verhältnis zum 8. Mai 1945. Sie wurden in den Westzonen Deutschlands ab 1947/48

mit befand sich die BRD an der Seite der Diktaturen Francos Spaniens, Portugals und der Türkei.

Das Totalitarismuskonzept marginalisiert und denunziert, da ihre antimonopolistische, antifaschistische und friedenspolitische Orientierung der Restauration zuwiderlief. Die Gründung der Bundesrepublik brach Erwartungen und Initiativen ab, die einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Neubeginn erstrebten. Die Mitte-Rechts-Koalition unter Kanzler K. Adenauer leitete ab September 1949 eine rigorose Schlussstrichpolitik ein.

Jahrzehntelang wurde der 8. Mai ignoriert oder als Tag des Zusammenbruchs, der Katastrophe oder als Tiefpunkt deutscher Geschichte apostrophiert. Dieser postfaschistische deutsche Staat wurde zu einem Glücksfall für die Masse nicht nur der Mitläufer, sondern auch der Täter der NS-Diktatur. Zugleich entstanden jahrzehntelange Defizite bei der Wiedergutmachung für große Opfergruppen. Alt- und Neonazismus sowie militaristische Überlieferung und Umtriebe wucherten legal und dauerhaft mit ihrem Netz von Organisationen, Vereinen, Verlagen und Periodika. 2015 erwachsen aus diesem Sumpf weiterhin rassistische und terroristische Bedrohungen. Im Oktober 1950 wurde die regierungsoffizielle Verfolgung der KommunistInnen und weiterer gesellschaftskritischer Kräfte eingeleitet, die zum Verbot der KPD im August 1956 führte. Da-

Das Totalitarismuskonzept diente als primär antikomunistische Konstruktion dazu, die jüngste Geschichte einschließlich der Fragen von Schuld, Sühne und Wiedergutmachung bis in die Medien und Schulbücher zu verdrängen oder zu entstellen. Es half Millionen ehemaliger Nazis und selbst den Unbelehrbaren unter ihnen, neben ihrer Förderung nach Art. 131 GG sowie der Fortsetzung ihrer Karrieren, sich auch ohne selbstkritische Lernprozesse mit den veränderten Gegebenheiten abzufinden. Wirtschafts- und Fußballwunder, Westbindung und Blockkonfrontation begünstigten diese Entwicklung. Misstrauisch und feindselig begegnete Adenauer allen Tendenzen zugunsten von Ost-West-Entspannung und trug dazu bei, sie jahrelang zu vereiteln. Die Wehrmachtstradition wurde im Dienst der Wiederaufrüstung und zur Rehabilitierung des deutschen Soldatentums gepflegt; Kasernen der Bundeswehr erhielten die Namen von Generälen Hitlers und Abordnungen der Bundeswehr traten mit



konservativen Politikern bei einschlägigen Anlässen zum ehrenden Gedenken an. Den Pazifismus herabzusetzen und auszugrenzen, blieb politisch und medial als gängige Münze in Umlauf; sie ist heute wie 1910 oder 1935 offiziös gültige Währung.

Im November 1964 beschloss die Erhard-Regierung, zum 9. Mai 1965 sämtliche Nazi- und Kriegsverbrechen verjähren zu lassen. Letzteres war für Totschlag zum 9. Mai 1960 eingetreten, wobei dank beflissener Rechtsprechung bereits viele Morde einbezogen worden waren. Jenem Kabinett gehörten neben einem Vizekanzler Mende (FDP), der hochdekorierte Berufsoffizier im Vernichtungskrieg im Osten war, acht Bundesminister aus CDU, CSU und FDP an, die Mitglieder der NSDAP – teils seit 1933, teils auch der SA und SS – gewesen sind. Der Widerstand im Lande und international vereitelte 1965 und später diese pronazistische Krönung der Schlussstrichpolitik. Jedoch: Die BRD ist niemals der UNO-Konvention zur Nichtverjähren der Nazi- und Kriegsverbrechen beigetreten. Im Protokoll des Bundestages vom 8. November 2012 lässt sich an der Debatte zum Umgang der frühen Bundesrepublik mit der faschistischen Vergangenheit nachlesen, dass die Regierungsparteien von 1949 und 2012 von einer hinreichenden selbstkritischen Aufarbeitung noch immer weit entfernt sind.

Mehr als vierzig Jahre hatten die wechselnden Parlamentsmehrheiten

wie die jeweiligen Regierungskoalitionen keinen Anlass für eine Gedenk- und Erinnerungskultur gesehen, die auch nur annähernd den Leiden und Opfern in

vielen Ländern gerecht geworden wäre. Ein führender Landes- und Bundespolitiker wie Franz Josef Strauß (CSU) hat nie die KZ-Gedenkstätte Dachau nahe München besucht und eine große Gruppe von MdB der Unionsfraktion blieb demonstrativ der Rede Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 fern. Noch im Mai 1995 lag der einzige Antrag im Bundestag, einen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus zu beschließen, von der Gruppe der PDS vor. Der längst auch international gebotene, veränderte Umgang mit den Opfern von Faschismus und Krieg

wurde seither mit der Erinnerung an Verfolgte und Opfer der DDR so verknüpft, dass wiederum NS-Verbrechen relativiert sowie geschichtsrevisionistische Bestrebungen gefördert werden. Die Zwiespältigkeit gegenüber dem 8. Mai dauert an und seine Würdigung als Gedenktag wird weiterhin abgelehnt: Der Faschismus soll nicht oder höchstens beiläufig erwähnt werden, die Rolle der UdSSR beim Kriegsbeginn 1939 wird verfälscht, ihr entscheidender und opferreicher Beitrag sowie die Erinnerung an

jene Zäsur der Weltgeschichte gemindert und der universale Charakter als Befreiung bestritten.

Bis 1990 setzte der Viermächtevorbehalt von 1945 bezüglich Deutschland als Ganzes der Bundesrepublik Grenzen für die Rückkehr zu äußerer militärischer Gewaltanwendung und Interventionen. Seither entfernt sie sich von den friedenspolitischen Geboten der Antihitlerkoalition, der UN-Charta und des Antimilitarismus. Die vorausgegangenen Erfahrungen und Lehren bezüglich der Rolle des Deutschen Reiches vor und während Erstem und Zweitem Weltkrieg einschließlich der faschistischen Diktatur bleiben jedoch gültig. Sie verjähren nicht, da die fortbestehende Verpflichtung gegenüber den damaligen Opfern und die Verantwortung vor nachfolgenden Generationen nicht preisgegeben werden darf. Ihnen hat eine Bundesrepublik zu entsprechen, deren Staatsräson von jenen Verpflichtungen und nicht vom NATO-Bündnis mit Unterordnung unter eine aggressive globale Führungsmacht bestimmt wird, die ihrerseits unablässig gegen Geist und Buchstaben der Charta der UN verstößt. Zu fordern ist eine Außen- und Sicherheitspolitik dieses Landes, die Initiativen zur Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel sowie zur generellen und nachhaltigen Abrüstung verfehlt, die beiträgt, die sozialen und politischen Triebkräfte und Ursachen von Spannungen, Gewalt und Krieg abzubauen sowie sich verpflichtet sieht, der Besinnung auf die Lektionen zweier Weltkriege, die Herkunft der Vereinten Nationen und ihre ursprünglichen Leitideen, weltweit zu neuer Anerkennung und Geltungskraft zu verhelfen.

Prof. Dr. Ludwig Elm, Jena

Weshalb wir Bildungsarbeit brauchen – und warum das nicht reicht

Wahrscheinlich ist in der Parteidebatte nichts so unumstritten wie die Forderung nach politischer Bildung. Doch unabhängig davon, dass man damit offene Türen einrennt, gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber was und wofür eigentlich gelernt werden soll. Das zu klären scheint mir momentan das Wichtigste, um den unübersehbaren Widerspruch zwischen der allgemeinen Befürwortung der Bildungsarbeit und ihrer ernüchternden Praxis zu überwinden. Der Sinn unserer politischen Bil-

die Partei, sondern vor allem die in der Gesellschaft lebenden Subjekte diesen Weg beschreiten müssen, liegt es an uns, sie gedanklich dazu zu befähigen. Nirgendwo hat Marx diese Aufgabe besser beschrieben, als in den Deutsch-Französischen-Jahrbüchern, als er auf die Frage eines Lesers antwortete, ob sich die Kritische Philosophie auf die praktische Politik einlassen sollte. Selbstverständlich antwortete er: „Wir



dung erschließt sich nach meiner Meinung erst dann, wenn wir uns Klarheit über den Sinn der Partei verschaffen.

Gehen wir einmal davon aus, dass es die wichtigste Aufgabe einer sozialistischen Partei ist, in der Gesellschaft kritisches Bewusstsein zu entwickeln und den Menschen dabei zu helfen, ihre Probleme mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu verstehen, dann stellt sich als erstes die Frage, wie die Partei dieser Aufgabe gerecht wird. Unsere bestehende Praxis konzentriert sich in dieser Hinsicht hauptsächlich auf drei Schwerpunkte:

1. Anprangerung sozialer Ungerechtigkeit,
2. Propagierung konkreter Reformen und
3. den Nachweis, dass unsere parlamentarische Praxis sowohl erfolgreich Missstände enthüllt, als auch um Alternativen kämpft.

Überspitzt gesagt könnte man dies als gut gemeinte und meistens auch gut gemachte Stellvertreterpolitik bezeichnen. Wenn sich sozialistische Politik darauf beschränkt, macht sie zwar eine soziale aber keine sozialistische Politik.

Keine noch so gut organisierte und erfolgreich um Parlamentsmandate kämpfende Partei wird je einen Weg in eine andere Gesellschaft öffnen können, ohne dass der größere Teil der Gesellschaft auf den verschiedensten Praxisfeldern selbst dafür kämpft. Und da nicht allein

treten dann nicht der Welt doktrinar mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! ...Wir sagen ihr nicht: Laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will.“ (MEW 1, S.345) Wie aber macht dies die Partei, wenn sie sich nicht auf die Verbreitung von Wahrheiten beschränken darf? Lothar Bisky hat das einmal auf den Punkt gebracht, als er sagte die PDS müsse eine „sprechende Partei“ werden. Ihre Mitglieder müssen also erkenntnisleitende Dialoge führen können, selbst also öffentliche Bildungsarbeit leisten und die Partei zu einem Ort machen, an dem die spannendsten Zukunftsdebatten geführt werden.

Das einmal vorangestellt, stehen wir vor zwei Problemen. Das erste hat nichts mit der Bildungsarbeit an sich zu tun, sondern mit der realen Parteipraxis. Die wenigsten Basisveranstaltungen oder auch Delegiertenkonferenzen sind Orte spannender Diskussionen und Parteikonferenzen, die Außenstehende mit Spannung verfolgen würden, sie genießen Seltenheitswert. Die einzige Konferenz dieser Art, die mir in Erinnerung bleiben wird, war die Hannoveraner Konferenz vor der Verabschiedung des Parteiprogramms, auf der nicht über Textformulierungen, sondern im Plenum wie in zahlreichen Foren über Grundsatzfragen diskutiert wurde. Befreit vom Kampf

um mehrheitsfähige Formulierungen konnte sich die Konferenz zu einem regelrechten Ideenlabor entwickeln, das jede und jeder klüger verließ, als sie es betreten hatten. Das zweite Problem ist natürlich die inhaltliche und methodische Kommunikationsfähigkeit der Mitglieder. Beides aber setzt ein Wissen voraus, das sich nicht hauptsächlich auf Faktenkenntnisse oder gar Kommunikationstechniken beschränkt, sondern auf eine theoretisch fundierte Grundlagenbildung, die breit genug ist, um ebenso geduldig wie souverän die GesprächspartnerInnen dort „abzuholen“ wo sich ihr Alltagsbewusstsein befindet. Die Schlussfolgerung aus alledem: Man sollte bei

jedem Kreis und in möglichst vielen Basisorganisationen nach der gleichen Methode eine systematische theoriegestützte Bildungsarbeit zu entwickeln. Systematisch in diesem Sinne heißt einerseits, dass sie regelmäßig stattfindet, sich andererseits aber an dem orientiert was in der Pädagogik Curriculum heißt: Einer Art inhaltlich gegliedertem Lehrplan. Eine Reihe beliebiger Vorträge, die sich an der Nachfrage oder der Aktualität orientieren, leistet das nicht. Was dabei für die Teilnehmer herauskommt, hat Goethe in den schönen Satz gefasst: „Dann hat er die Teile in seiner



der konkreten Diskussion über Inhalte, Methoden und Organisation unserer Parteibildung immer nur dann erst reden, wenn man sich über den Charakter der Partei und die praktischen Anforderungen an ihre Fähigkeit zur Entwicklung kritischen gesellschaftlichen Bewusstseins im Klaren ist.

Die beim Parteivorstand angesiedelte Kommission für politische Bildung hat dies bald schon nach ihrer Gründung getan und ein Team zur Entwicklung eines Grundlagenkurses gebildet, der das Lernen auf einer Internetplattform mit vier Wochenendseminaren verbindet und etwa zehn Monate dauert. Dieser Kurs läuft gegenwärtig zum dritten Mal und verlangt von den Teilnehmenden ein wöchentliches Lernpensum, je nach Inhalt, von bis zu zehn Stunden, die Lösung von Arbeitsaufgaben und natürlich die Teilnahme an den Präsenzseminaren. Am Ende dieses Jahres werden etwa 60 Genossinnen und Genossen diesen Kurs absolviert haben und einige davon sind bereits damit beschäftigt, einen solchen Kurs in ihrer Region selbst durchzuführen.

Wer freilich diese, und selbst noch eine deutlich erweiterte Teilnehmerzahl auf die Größe der Partei hochrechnet, kommt schnell zu einem ernüchternden Ergebnis. Bei rund 60.000 Mitgliedern, würden wir mehr als ein Jahrzehnt Grundlagenseminare brauchen, ehe sie nur ein Prozent der Mitglieder absolviert hätte. Das Wichtigste ist dementsprechend nicht nur, dieses Kursangebot auszuweiten, sondern in jedem Landesbezirk,

Hand. Fehlt, leider! nur das geistige Band.“ (Faust: Eine Tragödie - Kapitel 7) Darüber hinaus hängt das geistig kulturelle Klima der Partei, und damit ihre öffentliche Ausstrahlung, natürlich nicht nur von der systematischen Bildungsarbeit ab. Es darf neben Marx eben auch mal Goethe zitiert werden und auf Basisveranstaltungen sollten nicht nur Parteiprospekte oder Briefe von Vorsitzenden ausgelegt, sondern regelmäßig auch Bücher vorgestellt werden.

Harald Werner ist Beauftragter des Parteivorstands der LINKEN für politische Bildung

Weitere Regionalkurse werden in absehbarer Zeit voraussichtlich in Brandenburg am Rande Berlins, sowie in Bremen, Hamburg, Niedersachsen Nord und Schleswig Holstein stattfinden. Wer sich das Kursangebot ansehen will, kann sich als Gast mit dem folgenden Link einloggen:

<http://lernplattform.die-linke.de/>

Es darf auch aus der Geschichte der SPD gelernt werden. Neben der 1891 von Wilhelm Liebknecht gegründeten Parteischule, an der unter anderen Rosa Luxemburg lehrte, hatte die SPD 1907 die Einrichtung der wissenschaftlichen Wanderkurse geschaffen. Bis zum ersten Kriegsjahr, also in sieben Jahren, wurden von bis zu 12 Wanderlehrern 882 Kurse und 4.795 Vortragsveranstaltungen durchgeführt, die 137.120 Teilnehmer zählten.

Harald Werner, *Wie die Gedanken in die Köpfe der Menschen kommen*



Deutsche Schuld – Griechische Forderungen

Allmählich tritt in das Bewusstsein auch der deutschen Öffentlichkeit, was schon lange unter der Oberfläche der griechischen Gesellschaft gärte: die Kriegsschulden aus drei Jahren blutiger Besatzungszeit von 1941 bis Oktober 1944 mit entsetzlichen Opfern der Griechen. Erst jetzt hat die Syriza-Regierung das Thema wieder auf das Tapet gebracht, das die Vorgängerregierungen über Jahrzehnte hindurch nicht wagten, den Deutschen zu präsentieren: Forderungen nach Entschädigung der zahllosen barbarischen Massaker, die die deutsche Armee und SS an der Zivilbevölkerung begangen haben. Die Vorgängerregierungen brauchten die Deutschen anfangs in ihrem Kampf gegen die Kommunisten im eigenen Land und später in der EU zur Unterstützung gegen die Türken. Deshalb wollten sie die erbetene Hilfe nicht mit Reparationsforderungen gefährden. Sie vermieden es auch, die Deutschen an die Rückzahlung des Kredites zu erinnern, den sie der Besatzungsmacht 1942 einräumen mussten. Umso größer

ist die Überraschung und Empörung, dass die Forderung nach Reparation sowie nach der Kreditrückzahlung wieder hervorgeholt und nun auf den Tisch gelegt werden.

Kriegsverbrechen und keine Entschädigung. Dabei hatte sich dieser Schritt schon länger angekündigt. Alexis Tsipras hatte schon 2012 bei einem Besuch in Kalavryta, einer der zahlreichen historischen Orte furchtbarer Wehrmachtsverbrechen, angekündigt, dass er die griechischen Ansprüche stellen werde, wenn er die nächsten Wahlen gewinnen würde. 2014 hatte der damalige Staatspräsident Karolos Papoulias seinem Kollegen Gauck bei einer gemeinsamen Pressekonferenz die Forderung nach Reparationszahlungen mit auf den Weg gegeben. Und nun hat sein Nachfolger, Prokopis Pavlopoulos, von 2004 bis 2009 Innenminister in der Regierung der Nea Demokratia und auf keinen Fall ein Linker, kaum im neuen Amt, nachgelegt. Er beziffert die griechischen Forderungen auf 170 Milliarden Euro, die sich aus 110 Milliarden Euro für Reparationen für die Kriegsverbrechen und 60 Milliarden Euro für die Rückzahlung des Kredites einschließlich Zinsen zusammensetzen. Die Regierung Tsipras hat eine Summe

von 11 Milliarden Euro genannt, die sich aus einem bisher noch geheimen Gutachten der alten Regierung ergeben soll. Allein wichtig ist die Frage, ob überhaupt noch Ansprüche bestehen. Inzwischen wird die Gesamthöhe der Forderungen aus Griechenland mit 278,7 Milliarden Euro beziffert. Diese verneint die Bundesregierung vehement.

Im Jahr 2000 hatten die Opfer und Hinterbliebenen von Distomo ein rechtskräftiges Urteil beim Areopag in Athen auf 28 Millionen Euro Entschädigung gegen die deutsche Regierung erwirkt. Doch diese weigerte sich zu zahlen, und die Versuche, in deutsches Vermögen in Griechenland zu vollstrecken, scheiterten. Andere, wie der heute in der Schweiz lebende Argyris Sfountouris, hatten in Deutschland geklagt, waren aber bis in die höchsten Instanzen abgewiesen worden. Kein Zweifel bestand in all diesen Prozessen an den unfassbar grausamen Massakern, die die deutschen Besatzer an der griechischen Bevölkerung zwischen 1941 und 1944 zumeist als Vergeltungsaktionen gegen Angriffe von Partisanen verübt hatten.

Es ist ein altes völkerrechtliches Prinzip, dass die Pflicht eines Staates, die Opfer für völkerrechtliche Verstöße seiner Truppen im Krieg zu entschädigen (Artikel 3 IV. Haager Konvention von 1907), zwischen den Staaten mittels Reparationen vertraglich ausgehandelt wird. Die Staaten haben dann mit den Reparationsgeldern die Opfer nach ihren Regeln und Gesetzen zu entschädigen. Die Bundesregierung hat die Opfer denn auch wiederholt auf die 115 Millionen DM verwiesen, die Griechenland 1960 auf Grund eines Wiedergutmachungsabkommens erhalten hatte. Doch von diesen Geldern haben die Opfer der zahlreichen Massaker nie etwas gesehen, da die Gelder seinerzeit ausdrücklich nur für „politisch und rassistisch Verfolgte“ bestimmt waren. Die Behauptung, Griechenland hätte gleichzeitig zugesagt, keine weiteren individuellen Ansprüche griechischer Opfer geltend zu machen, ist unbewiesen und widerspricht allen späteren Erklärungen griechischer Regierungen, niemals auf Reparationen verzichtet zu haben.

Die Distomo-Kläger ließen nicht locker und versuchten, mit ihrem Urteil vom Areopag an deutsches Vermögen in Italien heranzukommen. Der römische Kassationsgerichtshof eröffnete den Griechen 2008 die Vollstreckung in die Villa Vigoni am Comer See, ein „Deutsch-italienisches Zentrum für europäische Exzellenz“. Dieser Schritt alarmierte die deutsche Regierung. Sie reichte Klage gegen Italien beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag ein. Im Februar 2012 entschied er für Deutschland, das sich selbst dann auf seine Immunität berufen könne, wenn Kriegsverbrechen Gegenstand des Verfahrens sind. Ein Sieg für die Souveränität der Staaten, eine Niederlage für die Opfer. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte folgte dem IGH im Januar 2014, indem er die Immunität eines Staates selbst im Falle von Folter anerkannte.

Der Streit schien entschieden, Ruhe an der Rechtsfront eingetreten. Doch alle hatten ihre Rechnung ohne das italienische Verfassungsgericht gemacht. Dieses hob im Oktober 2014 das Gesetz als verfassungswidrig auf, mit dem die italienische Regierung die Entscheidung des IGH und damit die Unantastbarkeit der staatlichen Immunität für die italienischen Gerichte verbindlich gemacht hatte. Die Opfer dürfen wieder hoffen.

Die Griechen haben immer wieder betont, dass es ihnen nicht so sehr um das Geld gehe. Es gehe um die

Anerkennung einer historischen Verantwortung, um ein Angebot der Unterstützung bei der Bewältigung von immer noch nicht überwundenen Schäden und Folgen, sei es mit Stipendien, Stiftungen oder anderen Programmen der Partnerschaft. Berlin sieht das anders und bleibt hart. Wahrscheinlich muss sich auch hier erst ein politischer Wandel wie vor kurzem in Griechenland durchsetzen, ehe aus dem präsidialen Gerede über Werte, Moral und Verantwortung endlich auch wirkliche Angebote der Menschlichkeit werden.

Zwangsanneleihe. Definitiv um Geld geht es jedoch bei einem Zwangskredit, den die griechische Zentralbank der deutschen Besatzungsmacht im März 1942 zinslos in Höhe von 568 Millionen Reichsmark gewähren musste. Der Vertrag wurde mit einer Verpflichtung zur Rückzahlung abgeschlossen. Bis zu ihrem Abzug im Oktober 1944 hatte die Wehrmacht bereits einen Teil der Summe zurückgezahlt, so dass am Ende des Krieges noch 476 Millionen Reichsmark als Restschuld offen waren. Noch am 12. April 1945 hatte das Auswärtige Amt diese Summe bestätigt.

So wenig die Bundesregierung diese Fakten abstreiten kann, so heftig wehrt sie sich gegen eine Zahlungsverpflichtung. Sie möchte den Kredit als Besatzungskosten zur Besoldung des Heeres und Verwaltung des eroberten Gebiets verstanden wissen, die nach Artikel 49 des IV. Haager Abkommens vom besetzten Gebiet selbst zu tragen sind. Sie hat deshalb die Zwangsanneleihe als Reparationsforderung für Kriegshandlungen eingestuft. Das Kapitel Reparationsforderungen sei jedoch mit dem 2+4-Vertrag 1990 definitiv abgeschlossen. Mit ihm sei „die endgültige Regelung der durch den Krieg entstandenen Rechtsfragen“ vereinbart worden, worunter auch die Frage der Reparationen falle. Zwar sei Griechenland nicht Vertragspartei gewesen, habe aber den Vertrag in der Charta von Paris zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Selbst wenn die sechs Vertragsparteien für sich die Reparationsfrage als abgeschlossen ansahen, so konnten sie das nicht für dritte Staaten beschließen. Einen Vertrag zu Lasten Dritter gibt es auch im Völkerrecht nicht. Zudem hat Griechenland zu keinem Zeitpunkt und bei keiner Gelegenheit auf seine Forderungen aus dem Krieg verzichtet, das hat noch im Februar 2014 das Finanzministerium in Berlin bestätigt. Selbst der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hält die Konstruktion des Darlehens als Reparationsanspruch nicht für zwingend. Die Wehrmacht ist zudem der Zahlungsverpflichtung bis zum Ende ihrer Besatzungszeit nachgekommen, sodass am Kriegsende bereits 92 Millionen Reichsmark zurückgezahlt worden waren. Danach stockten die Zahlungen und wurden mit dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 bis zu einer Friedensregelung vertagt. Alle Bundesregierungen haben sich vor einer solchen Regelung in einem förmlichen Friedensvertrag gedrückt, weil sie wussten, was auf sie zukommen würde. Es ist jedoch international Konsens, dass der 2+4-Vertrag an die Stelle eines Friedensvertrages getreten ist. Das Moratorium von London ist zu Ende und seitdem bastelt die deutsche Bundesregierung an Ausflüchten, die ihrer Weigerung den Anschein juristisch zwingender Argumente geben soll. Das gleicht einer späten Rechtfertigung des Nazi-Raubs und ist unwürdig und peinlich.

Norman Paech ist Redakteur dieser Zeitschrift.



Risse in der neoliberalen Hegemonie Europas

Die Linksregierung Griechenlands stellt die Austeritätspolitik in der Europäischen Union in Frage. Doch um Erfolg zu haben, bedarf es einer internationalen Bewegung.

Mit der Wahl von Syriza in Griechenland verbinden viele Menschen große Hoffnung. Denn nach Jahren dramatischer Kürzungen der Staatsausgaben, von Lohnsenkungen und Entlassungen ist erstmals eine Regierung gewählt worden, die sich dem Austeritätsdiktat widersetzen will, das die „Troika“ aus Europäischer Zentralbank (EZB), Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) dem südeuropäischen Land aufgezwungen hat. Insofern ist Griechenland zu einem Symbol geworden: Die schiere Existenz einer Regierung in der EU, die offen sichtbar das neoliberale Projekt in Frage stellt, ist schon für sich genommen ein Erfolg, den es zu verteidigen gilt.

Die Troika-Politik ist gescheitert. Dass es für Hoffnungen jeden Grund gibt, liegt auf der Hand. Denn die fälschlicherweise als „Rettung“ bezeichnete Krisenpolitik der EU-Institutionen hat nicht nur keines der selbst gesetzten Ziele erreicht; sie hat die wirtschaftliche Krise auch immer weiter verschärft und die soziale Lage in Griechenland dramatisch verschlechtert. Das völlige Scheitern der Troika-Politik in Griechenland lässt sich heute an vielen Zahlen ablesen. Allen voran am vorgeblichen Kern der Krise: der Staatsverschuldung. Denn obwohl die Kürzungsprogramme mit deren Reduzierung begründet wurden und ein Schuldenschnitt vorgenommen wurde, ist der Schuldenberg in absoluten wie in relativen Zahlen gewachsen. So ist die Staatsverschuldung von 2009 bis 2014 von 301 auf 317,7 Milliarden Euro gestiegen. Noch

drastischer drückt sich diese Entwicklung in der Staatsschuldenquote aus, welche die Schulden ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung setzt. Sie betrug vor Beginn der Troika-Diktate 127 Prozent und ist 2014 auf den Rekordwert von 176 Prozent gestiegen. Dass die Schuldenquote so stark gewachsen ist, hat maßgeblich mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun. Denn trotz aller blumigen Prognosen hat die Austeritätspolitik die Rezession vertieft. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Griechenlands ist in nur fünf Jahren (2009 bis 2014) um 22 Prozent geschrumpft.

Obwohl die Krisenpolitik keine Lösungen gebracht hat, musste die griechische Bevölkerung einen enormen Preis für sie bezahlen. Während die Zahl der Millionäre Jahr für Jahr zugenommen hat, ist das Durchschnittseinkommen um über 30 Prozent gesenkt worden, und insbesondere die unteren Einkommensgruppen mussten Einbußen hinnehmen. Die Armutsquote ist auf 35,7 Prozent gestiegen. Mehr als jeder vierte Erwachsene und mehr als jeder zweite Jugendliche sind heute erwerbslos. Zugleich wurden die Gesundheitsausgaben pro Kopf um ein Viertel gesenkt. Die Zahl der einkommensschwachen Griechen, die über keinen ausreichenden Zugang mehr zu medizinischer Versorgung verfügen, hat sich seit 2010 fast verdoppelt. 3,1 Millionen Menschen – knapp ein Drittel der Bevölkerung – sind heute ohne Krankenversicherung. 800.000 von ihnen haben zudem weder Erwerbseinkommen noch Arbeitslosenunterstützung.

Die Griechenland-Rettung als Banken-Rettung. Angesichts dieser Zahlen zeigt sich überdeutlich, dass die Troika-Politik auf ganzer Linie gescheitert ist. Zumindest wenn man den offiziellen Zielen Glauben schenkt. Denn an einer Stelle war diese Politik tatsächlich erfolgreich: Bei der Übertragung der Risiken von privaten Banken auf die öffentlichen Haushalte. Vor der Troika-Politik waren 94 Prozent der Gläubiger Griechenlands privat und nur sechs Prozent öffentlich. Dieses Verhältnis hat sich durch die Krisenpolitik umgekehrt: 2013 waren nur noch 11,5 Prozent der Gläubiger privat und 88,5 Prozent öffentlich. Dabei war schon 2010 klar, dass Griechenland den enormen Schuldenberg nie würde zurückzahlen können. Hätte man dies damals anerkannt, so wären aber die privaten Gläubiger zur Kasse gebeten worden. Durch die Troika-Politik sind es die SteuerzahlerInnen Europas – eine Tatsache, die übrigens auch in IWF-Gremien bereits 2010 angemerkt wurde, ohne Einfluss auf die Entscheidungen zu haben.

Kampf mit der Troika. Seit Februar dieses Jahres bemüht sich nun eine neue Regierung um einen Ausweg aus der wirtschaftlichen wie humanitären Krise, ohne die von der Troika geforderten Einschnitte umzusetzen. Dass sich die Linksrregierung unter Ministerpräsident Alexis Tsipras dabei mächtigen Gegnern gegenüber sieht, ist offenkundig. Gewissermaßen befindet sie sich in der Zwickmühle. Denn sie wurde vor allem wegen des Versprechens gewählt, die Memorandums-Politik zu beenden, ohne die Eurozone zu verlassen. Doch hängt das Land am Tropf der EU-Kredite, um nicht die Zahlungsunfähigkeit erklären zu müssen. Die Troika, die inzwischen „die Institutionen“ genannt wird, versucht deshalb mit wortgewaltiger Unterstützung der deutschen Bundesregierung weiterhin, die griechische Regierung zur Fortsetzung der Kürzungspolitik zu zwingen. Es scheint, als wäre das Ziel, Griechenland immer gerade vor der Pleite zu bewahren, ohne aber eine wirkliche Lösung der Krise zu ermöglichen. Der aktuelle griechische Finanzminister Yanis Varoufakis hat diese Praxis treffend als „fiskalisches Waterboarding“ beschrieben.

Es zeigt sich dabei deutlich, dass es sich bei der Auseinandersetzung der griechischen Regierung mit den EU-Institutionen und den anderen Regierungen im Kern um eine politische Frage handelt und nicht um eine ökonomische. Das Ziel der Institutionen ist es dabei, die neoliberale Hegemonie in Europa aufrecht zu erhalten, indem die Linksrregierung in Griechenland zum Scheitern gebracht wird. Daraus erklärt sich auch, dass Griechenland derzeit kein Stück entgegen gekommen wird.

Die Strategie Syrizas ist aus diesem Grund aber ebenfalls in erster Linie politisch: Ihr Ziel muss es sein, Risse in den Block der Regierungen zu schlagen, die diese Ordnung aufrechterhält. Eine Voraussetzung dafür ist eine Änderung des Diskurses über die Krise, die fälschlicherweise als Schuldenkrise dargestellt wird. Auf diesem Feld hat sich in den zurückliegenden Monaten durchaus etwas bewegt, auch wenn die neoliberale Deutung, die maßgeblich von der deutschen Bundesregierung vorangetrieben wird, nach wie vor dominant ist.

Vieles deutet darauf hin, dass sich das Hin und Her aus Forderungen der Troika und Konterversuchen der griechischen Regierung noch mindestens bis Mitte des Jahres hinziehen wird. Bis dahin stehen mehrere Rück-

zahlungen an, die Griechenland gegenüber seinen Gläubigern leisten muss. Mittelfristig ist jedoch die Frage, welche alternativen Lösungen die Syriza-Regierung anbieten und durchsetzen kann – und ob diese von Erfolg gekrönt sein werden.

Druck aufbauen. Dabei ist eines jedoch sicher: Sollte die griechische Regierung in ihrem Versuch allein bleiben, dann ist es nahezu unmöglich, eine andere Politik durchzusetzen. Nur wenn sich sowohl in Griechenland als auch in den restlichen Ländern der EU eine spürbare Bewegung gegen die Austeritätspolitik und die Troika-Diktate entwickelt, ergeben sich für eine – oder in Zukunft weitere – linke Regierung(en) ernsthafte Handlungsspielräume. Denn wir sollten uns nichts vormachen: Eine Regierung

OXI – Nein zur Austerität

Da die Institutionen in den Verhandlungen mit der griechischen Regierung an verschärften Kürzungsaufgaben und weiteren Einschnitten, z.B. im griechischen Rentensystem, festhielten, ließ die griechische Regierung am 05. Juli 2015 ein Referendum durchführen. Dabei stimmte die griechische Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit (61%) mit „OXI“ (Nein) gegen die Austeritätspolitik von Troika und Regierungen der Euro-Gruppe.

Dieses Ergebnis ist eine Stärkung für die europäischen Kämpfe für eine Ende der Austeritätspolitik.

zu übernehmen bedeutet noch lange nicht, die Macht zu haben. Auch wenn es zunächst paradox klingen mag, aber ohne Druck von der Straße und aus den Betrieben wird es die Regierung Tsipras äußerst schwer haben, sich gegen die Troika durchzusetzen. Nur mit einer starken griechischen Bewegung im Nacken und breiter internationaler Unterstützung im Rücken kann möglicherweise das Gelingen, um was es im Kern geht: der neoliberalen Hegemonie in der EU erste Risse zu verschaffen.

Die Blockupy-Proteste in Frankfurt sind möglicherweise ein Anfang einer solchen Bewegung gewesen. Über mehrere Jahre hat sich hier ein europäisches Netzwerk von unten gebildet, das wahrhaft internationalistisch ist und sich offen gegen die Politik der EU-Eliten stellt. Ebenso befindet sich in Spanien mit Podemos eine politische Kraft im Aufwind, die analog zu Griechenland eine andere Politik einfordert. Und auch in anderen Ländern haben sich Initiativen von AktivistInnen, Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen gebildet. Häufig sind diese Kämpfe jedoch noch zu verstreut, weshalb es darauf ankommt, sie zu vernetzen und auch über die Landesgrenzen hinaus wahrnehmbar zu machen. Unsere Aufgabe ist es, diese Prozesse zu unterstützen. Denn der Kampf gegen die neoliberale Austeritätspolitik in Deutschland und den anderen Ländern der EU ist die beste Form, unsere Solidarität mit Griechenland zum Ausdruck zu bringen.

Andrej Hunko ist Bundestagsabgeordneter der LINKEN aus Nordrhein-Westfalen

Die kapitalistische Moderne sezieren

sche Moderne

Anfang April fand in Hamburg nach 2012 die zweite Konferenz zum Thema „Die kapitalistische Moderne herausfordern“ statt. Mehr als 1000 Menschen aus 20 Ländern diskutierten Perspektiven und Wege, das kapitalistische System zu überwinden anhand von Themen wie „Die kapitalistische Moderne sezieren“, „Demokratische Moderne“, „Ökologische Industrie und kommunale Ökonomie“, „Die Stolpersteine revolutionärer Theorie überwinden“ und „Lehren aus alternativen Praktiken“. Skizziert und seziert wurden der moderne Kapitalismus und seine Auswirkungen sowie Gegenmodelle in den vier Teilen Kurdistans, in Mexiko, Indien, Südafrika, Bolivien, Venezuela und Europa.

Der marxistische Soziologe Prof. John Holloway aus Irland betonte, dass die Herrschenden in den kapitalistischen Gesellschaften Zerstörung und Tod einkalkulieren, um Macht, Gewinne und Herrschaft zu sichern und Profite zu maximieren – egal, ob in Mexiko, wo vor Kurzem 50 Studenten nach ihrer Festnahme durch die Polizei „verschwanden“, in Guantanamo, wo ununterbrochen Menschen ohne ordentliches Gerichtsverfahren inhaftiert und gefoltert werden, oder in Rojava, Syrien und im Irak, wo der Islamische Staat (IS) wütet, der auch von NATO-Staaten unterstützt wurde und wird. „Um diese destruktive Kraft zu überwinden, können wir bei den Zapatisten und in Kurdistan Beispiele finden. Aber auch in Hamburg und Europa müssen die Menschen aufwachen und endlich Alternativen dagegen entwickeln. Die Austeritätspolitik zerstört die Gesellschaft in Griechenland und Europa, Kriege zerstören den Mittleren Osten und Afrika. Jeder Mensch ist verantwortlich eine andere Welt möglich zu machen“, so Holloway.

Die Co-Präsidentin der Provinz Kobane in Rojava (Nordsyrien), Asya Abdullah, wurde mit „Lange lebe der Widerstand in Kobane – lange leben die Volksverteidigungskräfte YPG/YPJ“ empfangen. Sie kritisierte die autoritären Strukturen in heutigen staatlichen Systemen. Zugunsten einiger Weniger würden Strukturen geschaffen, um die Mehrheit der Bevölkerungen systematisch zu unterdrücken. „In Rojava entwickeln wir ein neues Paradigma auf Grundlage einer Revolution des Bewusstseins. Menschen aller Religions- und Bevölkerungsgruppen leben friedlich zusammen und organisieren sich in demokratischen Rätestrukturen.“ Zahlreiche Referentinnen betonten, wie entscheidend die Frauenbewegung an der Verwirklichung der emanzipatorischen Gesell-

schaft in Rojava und Kurdistan beteiligt ist. Zugeschaltet wurden Mitglieder einer Frauenkooperative aus der türkisch-kurdischen Metropole Diyarbakir/Baglar, und drei Kämpferinnen der Verteidigungskräfte in Kobane berichteten per Videoschaltung über die Notwendigkeit der (Frauen-)Selbstverteidigung.

Nach der Vertreibung des IS aus Kobane und weiten Teilen des Kantons beginnt nun der Wiederaufbau, vor allem von Schulen, Krankenhäusern und Infrastruktur für das tägliche Leben. Ein Großteil der mehr als 150.000 in die Türkei Geflüchteten ist mittlerweile wieder nach Kobane zurück gekehrt. Die türkische Regierung arbeitet noch immer offen mit dem IS zusammen. Waffenlieferungen und das Ermöglichen von Grenzübertritten des IS an der türkisch-syrischen Grenze sind an der Tagesordnung. „Kobane ist ein Beispiel dafür, dass Widerstand notwendig ist und erfolgreich sein kann, um eine Gesellschaft zu verteidigen und zu gestalten, in der alle Menschen, egal, welcher Ethnie oder Religionsgruppe sie angehören, solidarisch und respektvoll zusammenleben. Unsere demokratischen Strukturen ermöglichen, dass sich jeder Mensch dynamisch am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligt“, so Asya Abdullah.

Die kurdische Abgeordnete im türkischen Parlament, Emine Ayna, kritisierte die Menschenrechtsverletzungen der Regierung Erdogan/Davutoglu. Kurz zuvor war ein Gesetzespaket beschlossen worden, um Widerstand gegen Unrecht zu verhindern. In den letzten drei Jahren wurden mehr als 50 Menschen von der Polizei bei Demonstrationen erschossen. Nun wird der Polizei sogar erlaubt, Menschen, die ein Molotowcocktail tragen, zu töten. In der bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 antretenden Demokratische Volkspartei (HDP) haben sich kurdische Parteien und linke Kräfte aus der gesamten Türkei vereint, um gemeinsam die Zehn-Prozent-Hürde zu überwinden. „Die kurdische Partei der Regionen (DBP) sieht dabei ihre Aufgabe hauptsächlich in der Organisierung der Bevölkerung“, sagte Ayna. (Anm. der Redaktion: Der Artikel wurde vor den Wahlen verfasst.)

Selma Yirmak, Co-Vorsitzende des kurdischen Demokratischen Volkskongresses (DTK), skizzierte die basisdemokratische Ausrichtung der kurdischen Bewegung auf Grundlage des von Abdullah Öcalan entwickelten Demokratischen Konföderalismus. Dieser stehe im Widerspruch zum Modell der weiteren „Kolonialisierung“ des Mittleren Ostens durch internationale und regiona-

le Akteure. Seit März 2015 führt die Türkei trotz des Friedensprozesses zwischen Regierung und PKK an vielen Orten Militäroperationen gegen die PKK durch, von der öfter auch ZivilistInnen betroffen sind. „Die Armee hatte 15 Soldaten im Kampfgebiet in Ağrı zurückgelassen, acht davon verwundet. Die Soldaten sollten offenbar dort sterben, damit die Zahl der Stimmen der AKP bei der Wahl ansteigt“, kommentierte der Vorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Selahattin Demirtaş. Der türkische Präsident sei äußerst besorgt, dass die HDP die Zehn-Prozent-Hürde bei den Wahlen überwinden könne, und greife daher zu solchen Mitteln, so Avni.

Shirzad Kamangar von der Partei des Freien Lebens (PJAK) aus dem Iran schilderte auf der Konferenz: „Unzählige Freunde und Oppositionelle wurden im Iran gefoltert und hingerichtet. Der einzige Weg, das Land zu demokratisieren, ist, dass sich alle Bevölkerungsgruppen und Menschen schrittweise emanzipieren.“ Die kurdische Bewegung hat im Iran besonders schwere Bedingungen, sich zu organisieren. Jedes politische Engagement werde verfolgt. Die PJAK ist derzeit die einzige relevante Oppositionskraft. Sie hat eine Guerilla in den Bergen und betreibt illegale politische Arbeit in den Städten und Dörfern. „Wir bauen basisdemokratische Strukturen auf, so dass die Bevölkerung Schritt für Schritt die Gestaltung der Lebensbereiche übernehmen kann. Es gab auch in den Gefängnissen eine Widerstandsbewegung, die der Bevölkerung gezeigt hat, dass man selbst unter widrigsten Umständen für seine Rechte kämpfen kann“, erläuterte Kamangar.

Alex Mohubetswane Mashilo von der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) betonte, wie schwer es sei, Südafrika nach der Überwindung der Apartheid emanzipatorisch zu gestalten und soziale Gleichheit zu entwickeln.

Mehrere Redner, darunter der Hamburger Völkerrechtsprofessor Norman Paech, die Kommunistin Janet Biehl aus den USA und der Anthropologie-Professor David Harvey aus New York, sprachen sich für die Freilassung Abdullah Öcalans, die sofortige Aufhebung des PKK-Verbots und die Streichung der Organisation von der EU-Terrorliste aus.

Im Foyer des Audimax der Hamburger Universität, wo die Konferenz stattfand, gab es Raum für Kommunikation. Zahlreiche Initiativen und Akteure hatten Informationsstände aufgebaut. AktivistInnen hatten eine Fotokabine aufgebaut, in der man sich vor einer PKK-Fahne fotografieren lassen konnte. Bundestagsabgeordnete der LINKEN, darunter Nicole Gohlke, Andrej Hunko und Ulla Jelpke, waren jüngst wegen des Zeigens der PKK-Fahne mit einem Ermittlungsverfahren konfrontiert worden. Viele der KongressteilnehmerInnen ließen sich ablichten, um der Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbots Nachdruck zu verleihen und die emanzipatorisch-demokratische Ausrichtung der Organisation zu betonen.

Martin Dolzer ist Hamburger Bürgerschaftsabgeordneter der LINKEN und Sprecher für Europa- und Friedenspolitik.

Anm. der Redaktion: Der Artikel wurde vor den Wahlen verfaßt

Fortsetzung „Die atmende Fabrik“

... den Produktionsprozess diesen Bedingungen ohne weiteres Zutun anpasst. Wer eine erfolgreiche Arbeitskraft sein will, muss eine analoge Automatisierungstechnik auf sich selbst anwenden. Aber nicht nur im Rahmen der flexibilisierten Arbeitszeit atmet die Fabrik. Befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit haben denselben Zweck. Die Beschäftigung kann einigermaßen reibungslos der Auftragslage angepasst werden, ohne dass Kündigungsfristen und Kündigungsschutz beachtet werden müssten. Entsprechend stieg die Anzahl der befristeten Neueinstellungen von 34 Prozent (1997) auf 42 Prozent (2013). 78 Prozent der befristeten Einstellungen finden im Bereich Erziehung und Unterricht statt, bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter (so Kirchen) sind es 68 Prozent und in der öffentlichen Verwaltung 60 Prozent.

Das persönliche Leben – außerhalb der Arbeit – zu planen, wird selbst für die kurze Frist, für die nächsten Tage, kaum möglich. Wir sind angehalten, unser Leben selbstregulierend der Produktionsplanung der Unternehmen anzupassen. Reichlich Stress also im täglichen Leben. Kanzlerin Merkel will mit süßlichem Politikkitsch hiervon ablenken: Die „Heimat gibt gerade in Zeiten des sehr schnellen Wandels (...) den Halt, den die Menschen brauchen“. Im Herbst 2005 bekam sie für diese Regierungserklärung reichlich Beifall von der SPD. Ja, „es gibt die Hoffnung der Menschen, dass der eigene Lebensentwurf im schnellen Wandel nicht umgeworfen wird, dass Gemeinschaften zusammenbleiben, die Sehnsucht nach Heimat, Vertrautheit und Sicherheit.“

Mit Hoffnung und Sehnsucht ist es nicht getan. Und auch nicht damit, dass Die Linke in einer anderen Koalition der SPD reichlich Beifall für denselben Unsinn spendet. Ändern lassen sich die Verhältnisse nur mit konsequenter Opposition, mit Aktion. Die Kampagne „Das muss drin sein“ geht in diese Richtung.

Herbert Schui ist Redakteur dieser Zeitschrift

Peter Hartz, Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht, Frankfurt 1994, S. 111

Genauerer hierzu in Jürgen Gausemeier (Hrsg.), „Selbstoptimierende Systeme des Maschinenbaus – Definitionen und Konzepte“, Paderborn 2004

Angela Merkel, Regierungserklärung vom 30. 11. 2005

Angela Merkel, Rede in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt, 20.01.2010

Die Ukraine ein Jahr nach dem Umsturz

Kiew: Neoliberale Kürzungssorgie und Ver-sechsfachung der Militärausgaben

Der Februar wird als Monat historischer Entscheidungen in die Geschichte der Ukraine eingehen. Vor einem Jahr stürzte der radikale Flügel der Maidan-Bewegung den amtierenden Präsidenten Viktor Janukowitsch. Seitdem rutschte das Land in ein sicherheitspolitisches und wirtschaftliches Chaos. Zwar konnte sich die neue Regierung um Arsenij Jazenjuk und Petro Poroschenko in den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen politisch stabilisieren – nicht zuletzt dank starker Unterstützung aus verschiedenen NATO-Staaten. Dass die rechtsnationalen Umstürzler jedoch auf die Proteste im Osten ihres Landes militärisch reagierten, führte eines der östlichen Länder Europas direkt in einen blutigen Bürgerkrieg.

Erst ein Jahr später kam auf massiven Druck Russlands und einiger EU-Regierungen eine nennenswerte Initiative in Gang, den Konflikt politisch zu regeln. Am 12. Februar trafen sich die Konfliktparteien unter internationaler Vermittlung zum zweiten Mal in der weißrussischen Hauptstadt Minsk. Die USA, Vertreter Polens sowie der baltischen Staaten mussten draußen bleiben. Zu sehr waren sie im Konflikt um die Ukraine als Scharfmacher gegen Russland aufgetreten. Frankreichs Präsident François Hollande, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wladimir Putin erreichten einen 18 Punkte umfassenden Katalog, der neben einer Einstellung der Kampfhandlungen zusicherte, dass die Aufständischen in den Volksrepubliken innerhalb von 30 Tagen eine „Autonomie bestimmter Regionen der Gebiete Lugansk und Donezk“ erhalten.

Kaum lag das Ergebnis von Minsk II vor, verkündete der Internationale Währungsfonds (IWF), dass die Ukraine insgesamt 40 Milliarden US-Dollar an Hilfsmitteln erhalten wird. Inmitten einer globalen Finanzkrise und parallel zu harten Verhandlungen, bei denen mit der neuen griechischen Linksregierung um jeden Cent gerungen wird, kann diese Entscheidung nur als politisches Stützungsprogramm für die neue ukrainische Regierung bewertet werden. Alleine für die nächsten vier Jahre räumte der Exekutivrat des IWF dem Land eine Kreditlinie über 17,5 Milliarden Dollar ein, wohl wissend, dass nicht die geringste Chance auf eine vollständige Rückzahlung be-

steht. Für die weiteren 22,5 Milliarden sollen „Staaten oder Staatengruppen wie die Europäische Union“ aufkommen.

Im Jahr 2015 wird die Schuldenlast der Ukraine nach IWF-Angaben 100 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen, sodass bereits die ersten IWF-Tranchen vollständig für deren Tilgung ausgegeben wurden. Davon werden allerdings nicht die enormen ukrainischen Schulden bei Russland bezahlt, sondern zunächst Banken und private Gläubiger aus dem Westen. Die Finanzministerin Natalja Jaresko, gebürtige Amerikanerin aus einer Familie ukrainischer Migranten, benutzte eine auch in der EU berüchtigte Formel für die Ausgabenpolitik: „Die größte Herausforderung ist die Stabilisierung des Finanz- und Bankensystems.“

Dieses Argument mag sogar bei Teilen der ukrainischen Bevölkerung auf offene Ohren treffen, denn das dramatischste Problem im Alltag unter der neuen Regierung besteht in einer rasanten Inflation. Löhne, Gehälter und Ersparnisse verlieren blitzschnell ihren Wert. Falls sich einige der Protestierenden auf dem Maidan erhofft hatten, dass sich dadurch die wirtschaftliche und soziale Lage in der Ukraine verbessert, müssen ihre Hoffnungen bitter enttäuscht worden sein. Durch den Bürgerkrieg wurde die Industrie im Osten des Landes an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Ein landesweites Problem erwächst daraus für die Energieversorgung. Im vergangenen Winter kam es täglich zu großflächigen Stromabschaltungen, weil die Versorgung mit Steinkohle aus der Donezk-Region ausfiel. Die Kiewer Regierung hatte sich geweigert, den Aufständischen entsprechende Lieferungen gegen Vorkasse zu zahlen.

Etwas 30 Kraftwerke mussten zeitweilig ihren Betrieb einstellen, was neben den Privathaushalten die gesamte verbliebene Industrie schädigte. Zahlreiche Industriezweige, historisch eng auf den Austausch mit russischen Zulieferern und Absatzmärkten ausgerichtet, stellten die Produktion ein. Gleichzeitig verfielen die Weltmarktpreise für Metalle und Erze, eins der wichtigsten Exportgüter des Landes. Für 2015 prognostiziert der IWF nun einen drastischen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von mindestens 5,5 vielleicht aber auch 12 Prozent. Verbunden mit diesen Zahlen ist ein entsprechender Anstieg der Arbeitslosigkeit. Damit das Land bis 2020 ungefähr das Vorkrisenniveau erreichen kann, zwingt der IWF eines seiner berüchtigten Reformprogramme auf.

Während die Ausgaben für Militär und Polizei um ein Vielfaches zugenommen haben, kürzte die Poroschenko-Regierung in den vergangenen Monaten radikal alle Formen der sozialen Grundsicherung. „Gespart wird in einem engen sozialen Segment und betroffen sind die schwächsten Glieder der Gesellschaft“, beschreibt Vitaly Atanasov die Situation.

Besonders für bisher kostenlose Formen von öffentlichen Dienstleistungen müssen die ukrainischen Familien nun hohe Gebühren entrichten: von der Vorschul- bis zur Hochschulbildung, für das Gesundheitssystem, den öffentlichen Nahverkehr und Infrastrukturen. Renten und Arbeitslosenbeihilfen wurden gekürzt. Gleichzeitig steigen Mieten und Nebenkosten für Wasser und Energie rasant an.

Von den Forderungen der Maidan-Bewegung, die Macht der Oligarchen zu beschneiden, ist heute keine Rede mehr. Im Gegenteil haben sich die Wendegewinnler der 1990er Jahre in allen politischen Strukturen festgesetzt. Das geht soweit, dass der Bürgerkrieg durch von Oligarchen finanzierte Privatarmeen in Gang gehalten wird. Diese „Freiwilligenbataillone“ mit einer rechtsradikalen Ideologie sowie die Nationalgarde, welche nach dem Umsturz mit radikalen Maidan-Aktivisten aufgefüllt wurde, stellen die eigentlichen Frontkämpfer. Zwar versuchte Arsenij Jazenjuk im vergangenen Winter, die reguläre Armee durch massenhafte Einberufungen kriegstauglich zu machen. Die Initiative scheiterte jedoch an der unbeschreiblichen Korruption und der stillen Wehrdiensverweigerung Tausender junger Ukrainer. Im Ergebnis leben die Menschen in der östliche Ukraine, etwa in der Stadt Mariopol, unter einem Willkürregime von Milizen, die kaum einer demokratischen Kontrolle unterstehen.

Der Zustand des neuen ukrainischen Staates zeigte sich exemplarisch während der Minsk II-Verhandlungen. Bereits in den Wochen zuvor hatten die Aufständischen die Stadt Debalzewo eingekesselt. Mehrere Tausend ukrainische Soldaten saßen fest. Noch während der Minsker Verhandlungen und bis zur endgültigen Liquidierung des Kessels durch die Milizen der Volksrepubliken leugneten Regierung und Verteidigungsministerium in Kiew, dass es überhaupt so etwas wie eine Einkesselung gibt. Während auf Youtube bereits zahlreiche Videos über Kapitulationen und Gefangennahmen anzuschauen waren, erklärte man der Weltpresse, es handle sich um vorübergehende Kämpfe. Man habe die Lage unter Kontrolle.

Mit ähnlicher Realitätsverweigerung kehrte Petro Poroschenko aus Minsk zurück. Der heimischen Presse erläuterte er, ganz offensichtlich im Gegensatz zu den eben getroffenen Abmachungen, es habe keinerlei Vereinbarungen über eine Autonomie für die Volksrepubliken gegeben. So dauerte es denn auch bis zum letzten Tag, dem 14. März, dass die Kiewer Rada das zugesagte Gesetz vorlegte. Dann allerdings verabschiedete man eine Version, die keinerlei geographische Definitionen über das zukünftige Autonomiegebiet enthielt. „Sie beschließt irgendetwas, aber überhaupt nicht das, was in Minsk vorgegeben wurde. Dadurch steht die Zukunft unter einem sehr großen Fragezeichen“, reagierte Denis Puschilin, ein Vertreter der Volksrepublik Donezk.

Dass in Kiew niemand ernsthaft an eine friedliche Regelung für den Bürgerkrieg denkt, zeigt sich auch in der nicht enden wollenden Aufrüstung durch NATO-Staaten. Bereits im Vorfeld von Minsk II und den IWF-Krediten trommelten Vertreter der ukrainischen Regierung und US-Politiker für Waffenlieferungen und Ausbildungshilfen. In der deutschen Öffentlichkeit wurde diese Debatte zwar zurückgedrängt. Allerdings findet die Aufrüstung nun in Form von gemeinsamen Manövern statt, nach denen Waffen und Ausrüstung einfach im Land verbleiben. Unmittelbar nachdem der IWF seine Kreditzusage veröffentlichte, beschloss das Parlament eine Versechsfachung seiner Militärausgaben, wobei 18 Prozent für Waffenkäufe im Ausland, sprich den USA, reserviert wurden.

Malte Daniljuk ist Autor, Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Energiepolitik und Geostrategie

Fortsetzung von Seite 6 „Soziale Kälte ...“

Die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen ist nach wie vor ungelöst, bürgerliche Spießgesellen wehren sich gegen Flüchtlingseinrichtungen vor ihrer Haustür, weil sie eine Wertminderung ihrer Immobilien und Grundstücke befürchten. Vor diesem Hintergrund war die Wahlbeteiligung weiter gesunken, was nicht dem Wahlrecht in die Schuhe geschoben werden kann: Die Wahlen zur neuen Bürgerschaft waren nicht repräsentativ, was an der unterschiedlichen Beteiligung von „armen“ und „reichen“ Stadtteilen abgelesen werden kann – und nicht am Intelligenzquotienten der Wähler*innen.

DIE LINKE muss daran arbeiten, die AfD wieder in die Mottenkiste des Rechtspopulismus zurückzudrängen. Hier dürfte sie breite Unterstützung finden. Sie wird Motor der Bewegung sein müssen. Natürliche Bündnispartnerinnen der LINKEN sind die Sozialverbände und die Gewerkschaften. Deren Verschränkungen mit der SPD sind bei der Zielsetzung, Druck auf den neuen Senat aufzubauen, Risiko und Chance zugleich. Die autonomen Strukturen in der Stadt sind wichtig, um Alternativen zur neoliberalen Programmatik des SPD-Grün-Senats aufzuzeigen.

Solange Steuern nicht erhöht werden, solange die Einnahmen nicht steigen, sind die Möglichkeiten zu beschränkt, eine Umverteilung herbei zu führen. Die Schuldenbremse schränkt den politischen Gestaltungswillen ebenso ein wie die Folgen der Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TISA. Olympia und HSH-Nordbank müssen konsequent als Kostenrisiko skandalisiert werden.

Die Schwerpunkte der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE – Stadtentwicklung, Flüchtlinge, Wohnen – bedürfen der Ergänzung um das Thema Einkommen. Richtigerweise stellt sie fest: „Arbeitsplatzvernichtung ist Regierungsprogramm ... der Ausbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze (ist) eines der wichtigsten Instrumente zur Bekämpfung von Armut ... Die weiteren arbeitsmarktpolitischen Vorhaben des Senats könnten die steigende Arbeitslosigkeit auch nicht annähernd bekämpfen ... Die öffentlichen Beschäftigungsprogramme müssen massiv ausgebaut werden. Die geplante Erhöhung des Mindestlohnes sei „schön“, aber der Senat nenne weder Ausmaß noch Zeitpunkt der Erhöhung.

Gegen soziale Kälte setzen wir als einzige parlamentarische Kraft soziale Gerechtigkeit ohne Kompromisse. Dieser Verantwortung müssen sich Landesverband und Bürgerschaftsfraktion stellen. Wo sich die Grünen dem Alleinregenten Scholz unterwerfen, stellen wir uns selbstbewusst auf.

Gekürzte Fassung.

Der Ursprungsbeitrag ist hier zu finden:

<http://blog.kerstenartus.info/fuenf-jahre-spd-und-gruene-soziale-kaelte-in-einer-wachsenden-stadt/>



Kuba, die USA und der Amerika-Gipfel

Die Länder Lateinamerikas hatten die Teilnahme Kubas am Gipfel der amerikanischen Staaten (10.-12. April) in Panama gefordert und etliche ihre eigene Teilnahme davon abhängig gemacht. Seit seinem Ausschluss auf Betreiben der USA vor über 50 Jahren war Kuba wieder dabei und es kam zu einem Treffen von US-Präsident Obama und Kubas Raúl Castro. Der Wille zu einer Annäherung, aber auch fundamentale Differenzen wurden von beiden Seiten bekräftigt. Kurz nach dem Gipfel strich Obama die Insel von der US-Liste der den Terror unterstützenden Staaten. Gibt Kuba sich selbst auf?

Ende 2014 wurden Verhandlungen zwischen Kuba und den USA bekannt und es kam zu einem Gefangenenaustausch, der den drei noch in den USA in Haft befindlichen „Cuban5“ überraschend die Freiheit brachte. Obwohl die US-Regierung klar machte, dass sie die Zerstörung der kubanischen Revolution nicht aufgegeben hat, sondern ihr Ziel statt mit der Peitsche nun mit den Mitteln der Umarmung und des Zuckerbrotes erreichen will, waren in Havanna nicht wenige US-Flaggen zu sehen. In Teilen der kubanischen Bevölkerung scheinen Hoffnungen geweckt worden zu sein, dass bessere Zeiten anbrechen könnten – besser in Bezug auf Konsum und Annehmlichkeiten, deren Verfügbarkeit der globale Kapitalismus permanent wie eine Fata Morgana in die Hirne der Menschheit projiziert. Das heißt nicht Ablehnung der Revolution, doch der Kampf um die Herzen der Menschen ist ein permanenter, auch in Kuba. Wie Fidel Castro 2005 in seiner vielzitierten Rede vor Studenten über ein mögliches Ende der Revolution sagte: „Dieses Land kann sich selbst zerstören, diese Revolution kann zerstört werden, aber sie können sie heutzutage nicht zerstören; wir ja, wir können sie zerstören und es würde unsere Schuld sein.“ Auch wenn die Kubaner trotz schwacher wirtschaftlicher Voraussetzungen weltweit um ihr Bildungssystem, die kostenlose Gesundheitsfürsorge auf hohem Niveau, nahezu mietfreies Wohnen und ihre Möglichkeiten der Mitentscheidung in der Politik beneidet werden, um nur einige Punkte zu nennen, so nimmt eine, wenn auch eher kleine Minderheit der Kubaner diese Dinge durchaus als selbstverständlich hin.

Sobald oberflächliche Betrachtung einen Abschied Kubas vom Sozialismus auch nur vage irgendwo andeutet, gerät hierzulande das bürgerliche antikommunistische Spießertum in Aufregung, angefeuert durch eine bizarre Darstellung der Dinge in seiner Presse. Da wird der Wunsch zum Vater des Gedankens. Wie auch bei nicht wenigen „Linken“ oder Ex-Linken, die sich in der Gewissheit auszuruhen wünschen, dass der Sozialismus eine unrealisierbare Utopie sei. Könnten sie dieses leidige Kapitel in ihrem Leben doch abhaken, sich selbst als erwachsen betrachten und endlich voll in der kapitalistischen Gesellschaft ankommen! Doch einmal mehr tut ihnen Kuba diesen Gefallen nicht, quält diese im Geiste Armseligen weiterhin mit seiner revolutionären Existenz.

Nicht genug damit: Am Aufbruch von Millionen in Lateinamerika, die sich am kubanischen Beispiel orientieren,

scheitert der Imperialismus. Sein untauglicher Versuch, Kuba zu umgarnen und gleichzeitig Venezuela zur Bedrohung zu erklären, die Völker in billigster Manier wie Schachfiguren gegeneinander in Stellung zu bringen, ist fehlgeschlagen, und das war absehbar. Bereits am 17. März hatte Raúl Castro auf einem außerordentlichen Treffen der Bolivarianischen Allianz für Amerika (ALBA) zur Solidarität mit Venezuela unterstrichen: „Die

Vereinigten Staaten müssen ein für allemal begreifen, dass es unmöglich ist, Kuba zu bestechen oder zu kaufen oder Venezuela einzuschüchtern. Unsere Einheit ist unzerstörbar.“ Kurz vor dem Panama-Gipfel kam eine offizielle Erklärung aus Washington, in der die Anwürfe gegen Venezuela kleinlaut relativiert wurden.

Was wollte Obama? Er suchte verzweifelt die Chance, ein sich abzeichnendes außenpolitisches Desaster in Panama zu vermeiden, um nicht als gänzlich gescheiterte Gestalt aus dem Amt zu scheiden. Dabei wusste er eine sich wandelnde Einstellung in den USA zu Kuba im Rücken sowie die Interessen von Sektoren des US-Kapitals, die sich fette Profite in Kuba erhoffen. Scheinbar ist seine Rechnung aufgegangen. Wer genau hinsieht, muss aber erkennen, dass er angesichts der weitgehend geschlossenen Front der Lateinamerikaner das Geschehen längst nicht mehr kontrolliert. Wie Obamas innenpolitische Widersacher und sein Nachfolger damit umgehen, wird sich zeigen.

Was will Kuba? Ein Ende der Wirtschaftsblockade, die dem Land extremen Schaden zufügt; die Rückgabe der von den USA gegen den Willen der Menschen besetzten Bucht von Guantánamo und die Auflösung des dortigen Folterlagers sowie die Anerkennung seines selbstbestimmten eigenen Weges. Eine Debatte über die Menschenrechte auf der Insel wie in den USA muss man nicht scheuen. Dass Kuba sich indes von humanistischen Prinzipien, seinem sozialistischen Gesellschaftsmodell und seiner internationalistischen Solidarität verabschiedet, war und ist illusorisch.

Wolfgang Mix ist Sprecher von CubaSi Hamburg

Trauer als Staatsakt

Charlie Hebdo und die Inszenierung der Freiheit

Über ein viertel Jahr nach den Anschlägen auf das Pariser Satire-Magazin „Charlie Hebdo“ tritt die Trauer über die ermordeten Redakteure immer deutlicher hinter die Empörung über den Angriff auf die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit, die heiligsten Kühe unserer Gesellschaft, zurück. Barbarische Morde, bestialische Hinrichtungen und Massenerschießungen geschehen täglich vor unseren Augen und haben schon bei weitem den Haushalt an echter Trauer über diese menschlichen Abgründe erschöpft und aufgebraucht. Wer, außer den Angehörigen, vermag noch über die zahllosen Opfer des Islamischen Staates in Syrien und Irak, die Opfer der israelischen Armee in Gaza oder von Boko Haram in Nigeria, die ertrinkenden Flüchtlinge im Mittelmeer oder die unglücklichen Todesopfer der US-amerikanischen Justiz trauern? Wer hat je über die Opfer der NATO-Truppen in Afghanistan oder Irak getrauert?

Die öffentlichen Inszenierungen der Trauer unmittelbar nach den Attentaten in Paris haben in ihrer Theatralik und medialen Überhöhung bereits deutlich gemacht, dass es auch hier nicht um Trauer geht. Der choreographische Aufwand und der Wettlauf der Solidarisierung auf allen Kanälen dienen vor allem dazu, eine Niederlage zu kompensieren. Denn es gelingt den Feinden, die man seit Jahren mit Krieg überzieht, „ihren“ Krieg in das Herz der Metropolen zu treiben. Haben wir vergessen, dass aus der muslimischen Welt immer wieder damit gedroht wurde, dass die Kriege des NATO-Bündnisses mit dem Angriff auf seine Zentren beantwortet würden? Dieser Angriff muss als Terror delegitimiert werden, um seine Verwerflichkeit gegenüber dem eigenen Krieg in ihren Ländern zu manifestieren. Denn die viel beschworene Asymmetrie der modernen Kriege beruht nicht nur auf dem ungleichen Waffenarsenal und der unterschiedlichen Kriegführung, sondern darauf, dass der Krieg der Metropolen „legitim und gerechtfertigt“, der Krieg aus der Peripherie aber „rechtswidrig, schändlich und böse“ ist. Und schließlich muss die imperiale Dominanz unzweideutig nicht nur militärisch, sondern auch politisch und ideologisch demonstriert werden. Die Trauer auf der Höhe eines Staatsaktes ist nicht so sehr ein Fanal der Freiheit und Demokratie als viel-

mehr die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Teilnahme so zwielfichtiger Demokraten wie Benjamin Netanyahu und Viktor Orban an dem „Fototermin“ der 50 Staatschefs in Paris sollte keine Illusionen über den Pegelstand der demokratischen Werte in diesem Bündnis aufkommen lassen.

Denn hier betreten wir das Gelände der Doppelstandards und Doppelmoral, auf dem unsere Freiheiten nicht nur durch die dehnbaren Regeln des guten Geschmacks, sondern auch durch Strafgesetze begrenzt werden. In Frankreich z.B. das Verbot für Frauen seit 2011, verschleiert in der Öffentlichkeit zu erscheinen, oder das sog. Loi Mékachera von 2005, welches die positiven Seiten der Kolonialzeit betont und jegliche Beleidigung der „harki“, der französischen kolonialen Hilfstruppen in Algerien, unter Strafe stellt. Seit 1871 gibt es in Deutschland den § 166 Strafgesetzbuch, nach dem mit bis zu drei Jahren mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft wird, wer „den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.“ Die gleiche Strafe erwartet, „wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche“ beschimpft. Es ist letztlich Staatsanwaltschaften und Gerichten überlassen, wie sie mit einem solchen Gesetz umgehen. Mohammed-Karikaturisten, obwohl ersichtlich mehr als eine Provokation der muslimischen Welt und durchaus geeignet, „den öffentlichen Frieden zu stören“, sind bisher noch nicht vor den Kadi gekommen. Dennoch verzeichnet das Gesetz jährlich rund 15 Verurteilungen.

Ob Leugnung des Holocaust oder Verbreitung von Hitlers „Mein Kampf“, dieser Staat hat klare Grenzen der Meinungsfreiheit, und wer sich mit einer Fahne der PKK oder Hamas zeigt, bekommt es mit der Strafjustiz und ihrem § 129 a, b des Strafgesetzbuches zu tun.

Nichts rechtfertigt einen Mord – auf keiner Seite. Was für unsere christliche Welt der Terrorbegriff ist, ist für die islamische Welt die Fatwa. Mit dem Unterschied, dass die Fatwa nur einzelne zur Exekution freigibt, der Terrorbegriff und der Kampf dagegen schon Hunderttausende Opfer auf dem Konto hat. Empörung sollte sich gegen beide Kommandos richten und Trauer allen Opfern gelten.

Norman Paech ist Redakteur dieser Zeitschrift

Anzeige

www.jungewelt.de/probeabo

**Sie lügen
wie gedruckt.
Wir drucken,
wie sie lügen.**

Drei Wochen gratis testen

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 22. APRIL 2015 · NR. 93 · 1,40 EURO / 47 CZK · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

Folgeschwer
Kenia will 350.000 somalische Flüchtlinge abschleppen und Grenzmauer errichten **3**

Fremdenfeindlich
Braune Volkfront in Sachsen-Anhalt: Neonazis formieren sich. In Bitterfeld eskaliert die Gewalt **4**

Verwestlicht
Ukraine: Auf kleiner Seite kämpfen rund 1.000 Ausländer. NATO-Ausbilder sind eingetroffen **6**

Verurteilt
Ägypten: Schuld sprüche gegen Expräsident Mohammed Mursi und 14 weitere Angeklagte **7**

USA schickt Marine nach Jemen

Kriegspläne gegen Flüchtlinge
EU-Außenminister fordern in Zehn-Punkte-Plan Einsatz von Booten zur Zerstörung von Booten

Massenmord
Griff aus der Westfront: Vor 100 Jahren setzte Deutschland erstmals die heimtückische Waffe an. Infolge dieser Genozid-Prellung in der Kriegführung gab auch der Geopel alle Zurückhaltung auf. Von Kurt Pätzold **SEITEN 12/13**

WWW.JUNGEWELT.DE

Was lernen wir daraus?

Oskar Lafontaine zum
70. Jahrestag der Befreiung
vom Faschismus



Gedenktage fordern uns auf zu lernen. Wir können die Geschichte nicht auslöschen. Aber wir müssen verhindern, dass das, was geschehen ist, erneut geschieht. Das gilt besonders für Faschismus und Krieg. In seiner Rede zum Tag der Befreiung am 8. Mai erinnert Oskar Lafontaine an das, was jetzt zu tun ist. Denn, so der Schwur von Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.“ Die Wurzeln des Faschismus, das ist das kapitalistische Wirtschaftssystem. In den Analysen der Arbeiterbewegung wird dieser Zusammenhang immer wieder hergestellt. Schon vor dem Zweiten Weltkriege schrieb Max Horkheimer: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen.“ (Redaktion)

Die Antwort der Linken, und das ist ihre historische Aufgabe, muss immer folgende sein: Nur eine Wirtschaftsverfassung, die das hohe Gut der Menschenwürde zur Grundlage ihrer inneren Ordnung macht, kann dieses hohe Gut in den Köpfen der Menschen verankern. Es führt kein Weg daran vorbei. Die Alltagserfahrung prägt die Einstellung der Menschen, und eine Wirtschaftsordnung mit Leiharbeit, Werkverträgen, prekärer Beschäftigung, Hungerlöhnen und Hungerrenten verankert in den Köpfen der Menschen das Gefühl von Ohnmacht und Ausgeliefertsein, aber nicht das hohe Gut der Menschenwürde. Und die Nutznießer dieser Ordnung in Wirtschaft, Politik und veröffentlichter Meinung vergöttern das Gewinnstreben und sehen die Beachtung der Menschenwürde als nachrangig an.

Deshalb muss Die Linke, im Gegensatz zu den systemkonformen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne, die diese Wirtschaftsordnung nicht mehr hinterfragen, unbeeirrbar für den Aufbau einer Wirtschaftsordnung eintreten, in der die Beschäftigten die Erfahrung eines selbstbestimmten Arbeitslebens machen können, in der sie nicht Objekte, sondern Subjekte sind. Nur so können sie der Unfreiheit und der blinden Anpassung entkommen. Das gilt für jede kapitalistische Wirtschaftsordnung, ob in den USA oder in Europa oder wo auch immer in der Welt, und selbstverständlich auch für den Oligarchenkapitalismus in der Ukraine oder in Russland. Kennzeichen dieser Wirtschaftsverfassungen, denen das millionenfache Unrecht der Enteignung zugrunde liegt, ist die Verachtung der Menschenwürde.

Nur wenn die Oligarchenherrschaft in Athen, wenn die Macht der wenigen reichen Familien, die die griechische Wirtschaft und den politischen Klientelismus dominieren,

gebrochen wird, ist ein demokratischer Neubeginn möglich. Und Syriza muss diesen Schritt machen (...).

Wir haben auch Gäste aus Russland. Sie erinnern uns an die Verpflichtung, die wir gegenüber dem russischen Volk haben. Richard von Weizsäcker sagte in seiner bereits erwähnten Rede zum 8. Mai: „Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen Sie miteinander zu leben, nicht gegeneinander.“

Heute geht es um das Miteinander mit Russland und um die Lüge, die die offizielle zeithistorische Deutung verbreitet. Was passiert ist, hat der Grandseigneur der amerikanischen Außenpolitik, George Kennan, schon 1997 in der New York Times vorausgesagt: „Die Entscheidung der Regierung Clinton, die NATO bis zu den Grenzen Russlands zu erweitern, ist der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg. Diese Entscheidung muss erwarten lassen, dass die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der Meinung Russlands entzündet werden (...).

Kennan hat Ursache und Wirkung der Ukraine-Krise klar benannt. Die Lüge, auf die man sich geeinigt hat, (...) macht (...) Putin zum Verursacher dieser Krise. Aufgabe der Linken gerade an dem heutigen Tag ist es, auch in Erinnerung an die weit über 27 Millionen Kriegstoten der Völker der ehemaligen Sowjetunion, darunter fünf bis sieben Millionen Ukrainer, dafür zu werben, die Politik der Entspannung und der guten Nachbarschaft mit Russland und der Ukraine, für die Willy Brandt den Friedensnobelpreis erhielt, wieder aufzunehmen. Sicherheit in Europa, auch das ist die Lehre des Zweiten Weltkrieges, ist nicht gegen, sondern nur mit Russland zu erreichen. Auch am heutigen Tag haben wir den Beitrag der USA zum Sieg über den Nationalsozialismus nicht vergessen, aber wenn der aggressive US-Imperialismus nach dem Zusammenbruch der UdSSR jede Selbstbeschränkung aufgegeben hat und in fahrlässiger Weise seine Expansionspolitik weiterverfolgt, dann reklamieren auch wir Linke eine neue Verantwortung Deutschlands in der Welt. Allerdings begreifen wir diese Verantwortung anders, als es die herrschenden Parteien tun. Wir brauchen endlich eine eigenständige europäische Außenpolitik, die den Werten Europas, der Freiheit, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenwürde verpflichtet ist und auf Interventionskriege und neokoloniale Abenteuer verzichtet.“

Hamburger Vorbild – Ein Bund für Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Mit SPD und Grünen ist kein Politikwechsel in Deutschland machbar

Eine Koalition aus SPD, der Partei DIE LINKE und den Grünen nach den Bundestagswahlen 2017 darf als ausgeschlossen gelten. Nicht nur aufgrund der Arithmetik, wie viele meinen. Sicher, mit einer SPD, die konstant zwischen 20 und 25 Prozent der Stimmen pendelt, ist dieses Unterfangen doch wenig wahrscheinlich. Ausschlaggebender aber ist, dass sich in dieser Legislatur die Unterschiede zwischen Linken auf der einen Seite und SPD und Grünen auf der anderen Seite weiter vertieft haben. Nicht etwa weil DIE LINKE ihr Programm friedenspolitisch oder antikapitalistisch radikalisiert hätte. Gerade was die Verteilung von Reichtum und Armut in Deutschland angeht, haben SPD und Grüne Abschied von jeder Art von signifikanter Erhöhung der Steuern für Reiche genommen, um den Sozialstaat armutsfest zu gestalten. Gerade aber im sozialen Bereich ist der Angriff auf Menschenrechte durch einen immer brutaler agierenden Kapitalismus am signifikantesten. Der jüngste Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands spricht von einem dramatischen Anstieg der Armut in Deutschland. Während 2012 noch 15 Prozent und 12 Millionen von Armut betroffen waren, sind es 2013 bereits 15,5 Prozent und 12,5 Millionen Menschen. Auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in der Höhe von 8,50 Euro pro Stunde und vielen Ausnahmen wird diese Entwicklung nicht bremsen können, da es sich immer noch um einen Armutslohn handelt. Hartz IV wirkt weiterhin als Lohndrückermaschinerie. Auf die Flexibilisierung von Arbeitsplätzen wird weiter gesetzt. Verbunden damit ist eine verstärkte Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Kapitaleseite.

Zu dieser entscheidenden Differenz bei der sozialen Frage kommen die außen- und sicherheitspolitischen Unterschiede. Und diese sind seit der letzten Bundestagswahl massiv gewachsen. SPD und Grüne stehen hinter der neuen Maxime deutscher Militärpolitik „Mehr Verantwortung“ sprich mehr Auslandseinsätze, so wie von Bundespräsident Gauck auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 ausgegeben. Krieg ist für Rot-Grün ein normales Mittel der Politik. Ein Verbot von Rüstungsexporten ist mit ihnen nicht machbar.

Und gerade in der Ukraine Krise haben sich die Positionen weiter auseinanderentwickelt. Rot-Grün sieht in Russland den Hauptverantwortlichen für die Krise und steht für Eskalations- und Sanktionspolitik gegen Moskau, verbunden mit großzügigen Finanzhilfen für die Ukraine, obwohl diese in diesem Jahr den Militäretat verdoppelt und Faschisten im Sicherheitsapparat eine nicht unbedeutende Rolle zur Sicherung der Herrschaft der Oligarchen spielen. DIE LINKE sieht dagegen eine vorrangige Verantwortung von EU und NATO für die Ukraine-Krise und lehnt die Sanktions- und Eskalationspolitik gegen Russland ab.

Mit SPD und Grünen ist kein Politikwechsel in Deutschland machbar. Der klare Hamburger Oppositionskurs sollte auch bei der Suche nach Alternativen Vorbild für DIE LINKE sein. Es muss der LINKEN deshalb um ein gesellschaftliches Bündnis gehen, das soziale Frage und Friedensfrage miteinander verknüpft. Darum geht es. Mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, antifaschistischen und antikapitalistischen Initiativen, Flüchtlingsinitiativen, Migrantenorganisationen und der Friedens- und Anti-Kriegsbewegung. Wer Deutschland verändern will, der darf Rot-Grün in ihrer Klassen- und Kriegsbesoffenheit nicht nacheilen, der muss aufklären über die transatlantischen Netzwerke, die versuchen den Schulterschluss mit den USA bei weltweiten Interventionen und einem Freihandelsabkommen TTIP zu befördern, dass es in sich hat. Wer meint, eine Koalition mit einem grünen Ministerpräsidenten und einem SPD-Vizekanzler befördern zu müssen, die auf eine schnelle Durchsetzung des TTIP bauen und den damit verbundenen Angriff auf soziale Rechte und ökologische Standards mit führen, der hat im Grunde die Selbstaufgabe der Linken zum Ziel. Wer dieses Land verändern will, muss auch der SPD und ihrer mörderischen Abschottungspolitik, die sie gemeinsam mit der Union durchsetzt, in den Arm fallen. Wer wirklich auf Veränderung setzt, für den geht es nicht um eine Koalition mit der SPD, die jetzt mit ihrem Justizminister und seiner Vorratsdatenspeicherung einen Generalangriff auf Grundrechte in Deutschland vorbereitet. Diese Alternativen muss sich DIE LINKE bei der Entscheidung über die Zukunft ihrer Bündnispolitik vor Augen führen. Es muss uns um einen sozialen und friedenspolitischen Block der Opposition gehen, statt um das Schleifen zentraler Positionen der Linken im Vorgriff auf eine Koalition mit SPD und Grünen, die es nicht geben wird.

Sevim Dagdelen ist Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE

Anzeige

GEGEN DAS STERBEN IM MITTELMEER

GRENZEN ZU FÜR WAFFEN

GRENZEN AUF FÜR MENSCHEN

FÄHREN

STATT

FRONTEX!

Aktuelle Infos zu den friedenspolitischen Aktivitäten von Jan van Aken unter: <http://www.jan-van-aken.de/>

Antifaschistisches Gedenken

Die besondere historische Bedeutung des 8. Mai liegt in der Verbindung Ende des 2. Weltkrieges mit der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus durch alliierte Truppen und dem vielfältigen antifaschistischen Widerstand. Diesem besonderen Charakter des 8. Mai als „Tag der Befreiung“ wird die Forderung gerecht, ihn zum bundesweiten gesetzlichen Gedenk- und Feiertag zu machen. Im Bundestag und in der Hamburger Bürgerschaft wurde diese Forderung von der LINKEN erhoben, in Hamburg unterstützt von Ver.di, der GEW und vielen weiteren Organisationen. Notwendig ist die Realisierung dieser Forderung, weil sie sich gegen die Versuche wendet, den Tag der Befreiung zu marginalisieren, zu verdrängen oder gar, verbunden mit antirussischer Demagogie, umzuinterpretieren.

Vor dem Hintergrund einer zunehmend aggressiveren deutschen Außenpolitik gewinnt diese Debatte zusätzlich an Bedeutung. Weder steigende Militärausgaben und die Beschaffung von bewaffneten Drohnen noch die NATO-gesteuerte und von Deutschland mitgetragene Destabilisierung ganzer Staaten von Irak über Libyen und Syrien bis hin zur Ukraine haben zu einem Erstarren der Friedensbewegung geführt. Die Forderungen nach einem NATO-Austritt Deutschlands und Abschaffung der Bundeswehr werden nur von einem ganz kleinen Teil der Bevölkerung unterstützt. Lediglich die Waffenexporte und die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden von großen Teilen der Bevölkerung kritisch gesehen. Durch immer neue Bedrohungslügen werden Ängste geschürt, so dass eher über den Ausbau der Bundeswehr als über ihren Abbau diskutiert wird.

Wie steht es angesichts dieser Einschränkungen um die Erinnerungs- und Gedenkkultur? Die Weltkriege und die NS-Zeit haben deutliche Spuren im kollektiven Gedächtnis der Stadt hinterlassen. In Hamburg gibt es etwa 150 Kriegerdenkmäler und 75 Orte der Erinnerung an die Schrecken des Faschismus sowie fast 5.000 Stolpersteine. Bei Gedenkveranstaltungen werden je nach politischer Richtung unterschiedliche Erinnerungspolitische Akzente gesetzt, die sich in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Veränderungen wandeln. Dabei geht es im Kern um zentrale Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik und das Demokratieverständnis. Das Gedenken an die Toten der Weltkriege führt über die Erklärung der Kriegsursachen aktuell zur Debatte um die Notwendigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, um Waffenexport-Begrenzungen und die Erhöhung der Militärausgaben. Das Gedenken an die NS-Opfer führt über die Frage, wie die Nationalsozialisten an die Macht kommen konnten, hin zur Diskussion, wie heute mit neonazistischen Kräften umzugehen ist, wie Faschismus, Kapitalismus und Krieg zusammenhängen. Ohne den historischen Kontext und die gesellschaftlichen Ursachen für Krieg und Faschismus zu benennen, können jedoch aus den historischen Erfahrungen keine emanzipatorischen Lehren für künftiges politisches und individuelles Handeln abgeleitet werden!

Im Gedenkjahr 2014 (200 Jahre Ende der „Franzosenzeit“, 150 Jahre seit dem deutsch-dänischen Krieg, 100 Jahre seit Beginn des 1. Weltkrieges, 75 Jahre seit Beginn des 2. Weltkrieges) ist eine Kontroverse um die tradierten Gedenkrituale am Volkstrauertag entbrannt.

Auf Initiative des 1919 gegründeten Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) wurde in den 1920er Jahren ein nationaler Gedenktag eingeführt, allerdings ohne festes Datum. Im Mittelpunkt der Gedenkfeiern stand die Forderung

nach Revanche für die „Schmach von Versailles“. 1934 wurde deutlich, wem der VDK den Boden bereitet hatte: Der Volkstrauertag wurde für das ganze Deutsche Reich zum „Heldengedenktag“ deklariert und auf den fünften Sonntag vor Ostern gelegt. Adolf Hitler ließ es sich nicht nehmen, von 1940 bis 1943 die Ansprache bei der zentralen Feier zu halten. Nicht ohne Grund haben die Alliierten den VDK 1945 verboten. Während es in der SBZ/DDR bei dem Verbot blieb, konnte sich der VDK ab 1946 in den Westzonen wieder etablieren.

Auch nach dem 2. Weltkrieg ging es seit 1951 am Volkstrauertag nicht um die Frage, warum deutsche Soldaten fast alle Staaten Europas und Nordafrikas verwüstet hatten, sondern weiterhin um ein Gedenken an die „tapferen Verteidiger des Vaterlandes“ und die „guten Kameraden“. „Kein Wort von nationaler Machtpolitik, von Hegemoniestreben, nackten Besitzinteressen, Beutegier, Eroberungsgelüsten und Weltherrschaftsphantasien, für die Millionen von deutschen und fremden Soldaten umgekommen sind. Diese Motive werden ebenso wenig genannt wie die Namen derer, die in den beiden Weltkriegen aus dem Massensterben Profit geschlagen, Blut in Geld verwandelt und zu ihrem eigenen militärischen Ruhm gewissenlos ganze Armeen geopfert haben.“ (Ralph Giordano) Bis heute ist der VDK mit etwa 400.000 Mitgliedern/Förderern eine Massenorganisation, die im politischen Vorfeld des Militärs als ideologischer Wegbereiter von Kriegen bzw. Auslandseinsätzen der Bundeswehr aktiv ist. Seit fast 100 Jahren ist das jeweilige Staatsoberhaupt Schirmherr des Volksbundes, in Hamburg der Erste Bürgermeister. Der VDK ist sehr gut vernetzt mit den Kirchenleitungen, den Spitzenpolitikern der bürgerlichen Parteien und natürlich der Bundeswehr samt Reservistenverband.

Nach dem verheerenden 2. Weltkrieg musste allerdings vom ausschließlichen Heldengedenken Abschied genommen werden. Um nicht die Verbrechen der Wehrmacht thematisieren zu müssen, wurden alle toten Soldaten zu Opfern stilisiert. So konnte die Trauer der Angehörigen ohne „schlechtes Gewissen“ aufgefangen werden. Der Volkstrauertag vereint im Gedenken alle „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“: NS-Täter, -Mitläufer und -Dulder wurden gleichermaßen wie die Verfolgten des NS-Regimes zu Opfern eines letzten Endes gemeinsam erlittenen Schicksals. Als weitere Opfergruppen werden darüber hinaus auch Vertriebene und „Personen, die auf Grund von rechtswidrigen Maßnahmen als Opfer des kommunistischen Regimes ums Leben kamen“ (Gräbergesetz § 1) geehrt.

Daneben entstand 1945 eine eigenständige Erinnerungs- und Gedenkkultur für die Opfer des Faschismus, die von überlebenden Widerständlern getragen wurde, allerdings in Hamburg in den 1960er Jahren zum Erliegen kam. Erst jetzt lebt diese Tradition mit dem „Fest der Befreiung“ am 9. Mai 2015 wieder auf.

Auch wenn die bisherigen Bemühungen der Hamburger LINKEN um eine angemessene Einordnung des 8. Mai in der Bürgerschaft an der Ablehnung aller anderen Parteien zunächst scheiterte, bleibt neben dem Kampf gegen Militarismus und Aufrüstung das beharrliche Bemühen um eine Veränderung der Gedenkkultur im antifaschistischen und friedenspolitischen Sinn u.a. durch die Delegitimierung des Volkstrauertages eine wichtige Aufgabe der außerparlamentarischen und parlamentarischen Auseinandersetzung, um Kriegstreiberei, Neofaschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Einhalt zu gebieten.

**Hans Matthaei, Willi-Bredel-Gesellschaft
Geschichtswerkstatt e.V.**

Ansprache in französischer, russischer, polnischer, englischer
und deutscher Sprache auf der Trauerkundgebung
des Lagers Buchenwald am 19. April 1945

Kameraden!

Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in
Buchenwald und seinen Aussenkommandos von der Nazibestie und ihrer Helfers-
helfer ermordeten

51 000 Gefangenen !

51 000 erschossen, gehenkt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, erschuft,
verhungert, vergiftet - abgespritzt -

51 000 Väter, Brüder - Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie
Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren.

51.000 Mütter und Frauen und hunderttausende Kinder klagen an!

Wir lebend gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialitäten sahen
in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen.

Wenn uns ein's im Leben hielt, dann war es der Gedanke:

Es kommt der Tag der Rache !

Heute sind wir frei !

Wir danken den verbündeten Armeen, der Amerikaner, Engländer, Sowjets und
allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt Frieden und das Leben
erkämpften.

Wir gedenken an dieser Stelle des grossen Freundes der Antifaschisten
aller Länder, eines Organisatoren und Initiators des Kampfes um eine neue,
demokratische, friedliche Welt.

F. D. R o o s e v e l t .

Ehre seinem Andenken !

Wir Buchenwalder,

Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, - Slovaken und Deutsche,
Spanier, Italiener und Oesterreicher,
Belgier und Holländer, Engländer,
Luxemburger, Rumänen, Jugoslaven und Ungarn

kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für
unsere eigene Befreiung.

Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht -

Der Sieg muss unser sein !

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen, harten, erbarmungslosen, opfer-
reichen Kampf und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende.

Noch wehen Hitlerfahnen!

Noch leben die Mörder unserer Kameraden!

Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte
des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der
letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.
Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur
und sprecht mir nach:

W I R S C H W Ö R E N !

Buchenwaldarchiv

Sign.

NE 488



Was ist geblieben, vom